

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werkläftigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 48
Jannistocher Nr. 828.

Die Anzeigengebühr, beträgt für die sechsgepostete Poststelle oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., ersparliche Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 62.

Mittwoch, den 14. März 1917.

24. Jahrg.

Ein akuter Triumph Englands.

Im Hause der preußischen Herren hat es wieder einen großen Tag gegeben. Den Anlaß dazu gab das Diätengesetz für das Abgeordnetenhaus, das dort beschlossen worden ist unter Abänderung der Regierungsvorlage. Die Regierung hatte sich mit der Fassung des Abgeordnetenhauses einverstanden erklärt, und so blieb nur noch die Zustimmung des Herrenhauses einzuholen. Diese wurde aber versagt, und so ist die ganze Diäten-Neuordnung ins Wasser gefallen.

Ueber diese selbst brauchen wir uns nicht weiter auszulassen. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß uns die unter der Reichskanzlerherrschaft Bülow's durchgeführte Regelung der Entschädigung für die Reichstagsabgeordneten, die Haushaltsumme mit dem System der Abzüge für veräumte Sitzungen, was nicht einmal sinngemäß durchgeführt werden kann, keineswegs als eine ideale Lösung der Diätenfrage erscheint, und ebenjowenig können wir uns für die der Reichstagsordnung nachgebildete Entschädigungsform des Abgeordnetenhauses begeistern. Doch auf das Gesetz selbst kommt es bei Beurteilung des Tages der Herren gar nicht an. Es war für die „ufernarrischen Herren“ ja auch nur der erwünschte Anlaß, sich vielerlei, was sie auf dem Herzen hatten, wegzureden, und insbesondere war der Hauptwortführer Graf York von Wartenburg bestrebt, so recht der angesammelten Erbitterung über das Leide, aber wirklich nur sehr leise Wehen eines neuen Geistes Luft zu machen.

Der edle Herr gab zunächst materielle Einwendungen gegen die Vorlage kund, um dann die staatsrechtlichen Bedenken sehr ausführlich zu behandeln. So steht er in der Gewährung der Freifahrt auf den Eisenbahnen die Gelegenheit zu Informationsreisen. Weswegen aber soll ein Abgeordneter sich persönlich über die Verhältnisse, über die er im Abgeordnetenhaus mit entscheiden soll, an Ort und Stelle unterrichten? Die Abgeordneten haben das Recht, sich zu informieren, indem sie eine Anfrage an die Regierung richten,“ sagte der Graf. Was darüber hinausgeht, reicht in das Gebiet der Exekutive hinein.“ Eine Anfrage an die Regierung — die von einem Minister oder Geheimrat beantwortet wird auf Grund der Berichte „nachgeordneten Behörden“, so daß tatsächlich in letzter Linie der Herr Landrat die Auskunft erteilt. Andere Quellen der Information dürfen und sollen dem Abgeordneten nicht zugänglich sein, tiweil das in das Gebiet der Exekutive hineingreife. Wir verstehen, daß es den Standes- und Genünnungsgenossen des Grafen York von Wartenburg höchst un bequem wäre, wenn zum Beispiel über ländliche Arbeiter- und Diensthotenverhältnisse Erhebungen auf anderem Wege als durch die Instanzen gemacht würden, weil sie vielleicht ein anderes Bild gäben als die Berichte der Landräte, aber inwiefern solche Erkundigungen einen Eingriff in die Exekutive bedeuten sollten, das ist platterdings nicht einzusehen.

Doch das war nur das Vorspiel, mit dem sich Graf York von Wartenburg „das Ohr des Hauses“ gewann, um dann desto kräftiger loszulegen gegen den Reichstag, den Parlamentarismus überhaupt und gegen manches andere, kurz, um eine Rede zu halten, deren Sinn sich in den klappen Sätzen eines ehemaligen Berliner Polizeigewaltigen zusammenfassen läßt: „Die ganze Richtung paßt uns nicht!“

Wenn dabei der Graf auch vom verhärteten Unterjochkrieg sprach und von der Zuversicht auf einen Frieden, „bei dem es Sieger und Besiegte gibt, der uns die Nachterweiterung bringt, die wir brauchen“, so hat das mit dem Diätengesetz zwar nicht das allermindeste zu tun, ist aber doch zu beachten, weil es die Anschauungen der „kleinen, aber mächtigen Partei“ offener darlegt, als es zum Beispiel im Reichstag zu geschehen pflegt; es ist reiner Adlon-Stil! Wie die im Hotel Adlon neulich versammelten und gewiß auch nicht wenige der eingeladenen, aber vorsichtigerweise nicht erschienenen Politiker die Kriegspolitik als Korpsanbenühen wollen zur Sammlung aller reaktionären Kräfte Deutschlands und zur Bildung eines Blods, der alle der Neuerungsjucht verdächtigen Staatsmänner erdrücken soll, so verband Graf York von Wartenburg den Ruf nach dem Krieg bis zum Neuherrsten sofort mit der Forderung, daß die an den politischen Verhältnissen im Innern etwas ändern wollen. Nach einem ausführlichen Bericht der „Köln. Zeitung“ sagte der Graf:

„Diese Vorlage ist nur ein einziges, aber bedeutungsvolles Glied in der Kette des freiwilligen Entgegenkommens der Staatsregierung gegenüber dem Bestreben auf Ausdehnung der Macht und der Befugnisse des Parlaments. Der Reichstag hat zuerst die kurzen Anfragen aus England importiert und er hat wiederholt und nicht ohne allen Erfolg in die allerhöchste Kommandogewalt und in die Exekutive eingzugreifen versucht. Die Zustimmung des Reichstages zu wichtigen Vorlagen wurde wiederholt nur unter Bedingungen erteilt, die nach Bismarck's Wort die Regierung ad faciendum gebracht haben. Das ist aber nach Bismarck die Linie, wo sich der parlamentarische vom konstitutionellen Staat scheidet. Die Ausschüsse etablieren sich jetzt als selbständige Gebilde; sie fühlen sich schon als Behörden und werden unabhängig ihre eigene Politik. So hat die Kommission des Abgeordnetenhauses einen Beschluß in der U-Boot-Frage veröffentlicht in einer Materie, für die das Abgeordnetenhaus gar

nicht zuständig ist; der Ausschuß hat auch die Anwesenheit eines bestimmten Ministers gefordert, was nur das Plenum darf. Obgleich die Geschäftsordnung des Reichstages nur besondere Kommissionen für die einzelnen Angelegenheiten kennt, verhandelt jetzt der Haushaltsausschuß als Unterreichstag et omnibus et quibusdam aliis. Die Verfassung sieht vor, daß bei einer Vertagung auch die Kommissionsarbeiten unterbrochen werden. Sogar der Abgeordnete Richter hat 1890 hervorgehoben, daß zum Beibehalten einer Kommission die kaiserliche Ermächtigung nicht genügt, vielmehr ein Akt der Gesetzgebung notwendig ist. Trotzdem hat der Reichstag in klarer Uebertretung seiner verfassungsmäßigen Kompetenz seine Kommission zum Forttragen ermächtigt und der Bundesrat hat zugestimmt. Wohin soll das führen? Durch die mißbräuchliche Benutzung des Hilfsdienstgesetzes zur Einfügung allerhand sozialpolitischen Postulate hat man die vaterländische Pflichtenfüllung auf den Boden der Parteipolitik heruntergezogen. Die Einsetzung eines Reichstagsausschusses zur Mitwirkung bei der Ausführung des Hilfsdienstgesetzes ist revolutionär und durchbricht die Abgrenzung zwischen Regierungsgewalt und Parlament in einem entscheidenden Punkt. Die Parlamente fühlen sich ja mitunterveran. Wie es früher Zusammenkünfte von Käufern und Königen gab, so jetzt solche der Parlamentarier. Während Amerika die Beziehungen mit uns abbricht, verheißt der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, wenn auch mit patriotischen Worten, dem Präsidenten der American-Federation Labor eine Einwirkung auf den Friedensschluß Deutschlands, über den nach der Verfassung nur der Kaiser zu bestimmen hat. Wir sehen, wohin die Reise geht, und eine Etappe auf diesem Wege bedeutet, vermöge der Initiative der Staatsregierung, auch der vorliegende Gesetzesentwurf. Das Herrenhaus hat seiner wachsenden Stimmkraft. Viel genügt hat es nicht. Aber jetzt kann es der Regierung ein Votum zurufen. Carlisle hat gesagt, daß das Maß von Freiheit in einem Staate umgekehrt proportional ist dem militärisch-politischen Druck, der auf seine Grenzen ausgeübt werden kann. Unsere geographische Lage ist unfer Schicksal, und eine starke bewaffnete Macht unter monarchischer Führung für uns notwendig. Die Verweigerung des Geburtsstagsglückwunsches an den Fürsten Bismarck durch die Reichstagsmehrheit, die unwürdige Zubernaffäre sind noch in aller Erinnerung. Das Zusammengehen in der Stunde der Gefahr bietet keine Gewähr für das Verständnis politischer Situationen. Schon 1883 sprach Fürst Bismarck aus, es sei an der Zeit, die Anstürme gegen die Kommandogewalt einzuzwängen. Und was war der Fall Zubern anders? Ich glaube, wir haben den Militarismus nötiger als den Parlamentarismus. Was steht hinter dem Wort Parlamentarismus in den Ländern, die ihn haben? In Frankreich die Interessen von vier Großbanken. England wird regiert von einem Komitee, welches von einer Partei gewählt ist. Das halbe Jahr, wo das Parlament nicht verammelt ist, regiert dieses gänzlich autokratisch. Das andere halbe Jahr nimmt es leichte Rücksichten. Der Premierminister ist als solcher der Verfassung unbekannt; aber er ist der fast absolute Herr auch eines widerstandsfähigen Unterhauses. Das Kabinett repräsentiert nur die eine Hälfte der Wählerschaft. Die Gesetzgebung ist eine Funktion des Kabinetts mit Billigung der Mehrheit. Die Sitzungen finden im geheimen statt. Das erinnert an Benedig und nicht an die Vorstellungen vom freien England. Der Premierminister ist mit seinem Kabinett der wahre Souverän Englands. So ist es im Mutterland des Parlamentarismus. Der Abgeordnete Dr. Friedberg hat ausgeführt, daß ein parlamentarisches Regierungssystem bei uns nicht gut möglich sei; wir haben kein Zweiparteiensystem und keine Gruppenblods. Ich trete ihm darin vollkommen bei. Die parlamentarische Regierung paßt nicht für uns. Unsere zentrale Lage im Herzen Europas unterlag uns ein gewisses Maß politischer Freiheit. Die Nation hat große Eigenschaften, aber die politische Schöpfung entbehrt sie in einem gewissen Grade. Die Presse ist zerfahren und keineswegs immer national. Die Freiheit ist nicht die Selbstregierung durch die Masse. Der deutsche Freiheitsgedanke verbindet sich mit dem Bildungsbeal. Der Krieg zeigt, wie ungleich die Menschen sind. Wenn wir wirklich dazu kämen, den westeuropäischen Freiheitsbegriff uns zu eigen zu machen, so wäre das ein akuter Triumph Englands, dann wäre es zu Ende mit dem preussischen Militarismus und der Möglichkeit, die Volkstrust bis bisher auszunutzen; dann würde der unverantwortliche Berufspolitiker die Herrschaft erlangen. Die Gleichheitsprediger wollen dem Träger des Schwertes ein Neg über den Kopf werfen. Eine Etappe auf dem Wege zu einer solchen unendlichen Entwicklung ist die gegenwärtige Vorlage. Ich bitte Sie, die Vorlage abzulehnen.

Graf York von Wartenburg hat den Beweis geliefert, daß er und seine Genünnungsgenossen zu jener Menschenart gehören, die unfähig ist, etwas zu lernen oder etwas zu verstehen. Wäre es aber nur das, man könnte aufsehend über diese Rede hinweggehen oder sich mit dem Hinweis darauf begnügen, daß wir trotz alledem eine starke reaktionäre Sippe haben, die jede Gelegenheit ergreift, ihrem Denken Ausdruck zu geben, und die stets bestrebt ist, dem Rad der Zeit in die Speichen zu fallen. Darüber hinaus könnte man etwa noch Anlaß nehmen, dem Treiben dieser Herren die Meinung des Volkes entgegenzuhalten.

Unter den gegenwärtigen Umständen ist aber die Rede des Grafen mehr, als ein innerpolitisches Ereignis. Mitten im Weltkriege gehalten, um die eigenen Worte des Redners zu gebrauchen, ein akuter Triumph Englands.

Womit hat denn die englische Propaganda gegen Deutschland ihren vor dem Kriege, mit verstärkter Kraft aber während des Krieges, gearbeitet? Womit hat sie in fast allen

noch neutralen Ländern und insbesondere auch in den Vereinigten Staaten, die uns jetzt mit Krieg bedrohen, die öffentliche Meinung gegen Deutschland aufgebracht, uns in der Folge eine vielfach unrendliche Haltung und dementsprechende, uns schwer treffende Maßregel erzielt? Durch die Behauptung von der deutschen Unfreiheit und der Freiheitsfeindlichkeit des deutschen Regierungssystems, durch den Hinweis auf den preussischen Militarismus, der allen Fortschritt unterdrückt. Und nun kommt der Graf York von Wartenburg und führt im Herrenhaus aus, daß alles das, was die englische deutschfeindliche Propaganda in die Welt hinausposaunt, tatsächlich das eigentliche Wesen des Deutschen Reichs ausmacht und mehr, noch: daß daran nicht gerüttelt werden dürfe, daß das so bleiben müsse in aller Zeit. Wir sind überzeugt, die Rede des Grafen York von Wartenburg wird in der gesamten Entente- und neutralen Presse in größter Ausführlichkeit abgedruckt werden, und überall wird sie hingestellt werden als das offene Geständnis eines hochgestellten preussischen Politikers über die jetzigen und zukünftigen Zustände Deutschlands.

Um ja das Bild recht abschreckend zu machen, nahm der Herrenhäuser zweimal Bezug auf die Zubernaffäre. Wenn es ein Ereignis gibt, das gerade die Leute um den Grafen York von Wartenburg mit dem Mantel des Verzwegens und Schweigens zuzudecken Ursache hätten, so ist es die unglückliche Zubernaffäre. Sie hat Deutschland ganz ungeheuer geschadet, dadurch, daß sie überhaupt möglich war, und dann durch ihren Abschluß. Wenn irgendwo in der Welt von dem preussischen Militarismus die Rede war, so wurde auch immer die Zubernaffäre als dessen notwendige Folge angeführt. Da kommt jetzt, wo Deutschlands Volksherrn im schwersten Ringen gegen eine Welt von Feinden stehen, der ehemalige Kürassieroffizier und jetzige Herrenhäuser und verkündet, wir haben den Militarismus nötiger als den Parlamentarismus, und das Wesen des Militarismus, unter ihm meint, erläutert er ausgerechnet an der Zubernaffäre. „Man möchte heulen“, rief bei ihrer Erörterung im Reichstag der nationalliberale Professor v. Caffer; „alles kaputt, alles kaputt!“ Eine ähnliche Stimmung wird sich jetzt derer bemächtigen, die im Bewußtsein der Verantwortlichkeit sich angestrengt haben, der wider Deutschland gerichteten Weltstimmung entgegenzuarbeiten. „Alles kaputt, alles kaputt!“ Damals war es ein junger Leutnant, der die Geschichte antrieb, und die ihn zu denken verlusteten, verichtmerten sie. Jetzt, mitten im Weltkrieg, kommt ein preussischer erblicher Gesetzgeber, und ereifert sich für einen Militarismus in Zubernaffäre!

Derselbe erbliche Gesetzgeber erklärt, daß unsere geographische Lage uns ein gewisses Maß politischer Freiheit unterlage! Für alle Zeit ist, nach seinem Sinn, Deutschland verurteilt, sich durch Personen vom Schlage des Grafen York von Wartenburg regieren zu lassen. Und um sich dieses Privilegium zu sichern, stehen Millionen von deutschen Männern in Wehr und Waffen jenseits der Grenzen, sehen sie Tag und Nacht dem Tod ins Auge.

Was aber sagte die preussische Regierung, die doch in einem gewissen Zusammenhang mit der Reichsregierung stehen soll, zu dem Programm des Grafen York von Wartenburg?

Unterstaatssekretär Drews führte an: Wenn die Vorlage wirklich zu den vom Grafen York beabsichtigten Konsequenzen, wie sie im Auslande eingetreten seien, führen würde, so hätte die Staatsregierung sie nicht eingebracht. Die Staatsregierung steht auf dem Standpunkt, daß es in Preußen bei der geltenden Verteilung der Gewalten auch in Zukunft zu verbleiben hat, sowohl bei der Exekutive wie bei der Mitwirkung des Parlaments, in der Gesetzgebung und bei seiner Kontrolle der Exekutive. Hierdurch wird auch zum gegenseitigen besten Vernehmen beigetragen und manches Mißverständnis beseitigt werden. Durch vor parlamentarischer Kontrolle haben wir nicht, das brauchen wir nicht zu haben.

Das war alles! Fürwahr, die Herrenhausführung vom 9. März war ein akuter Triumph Englands. Sie hilft diesem in dem Ringen um die Seele der Neutralen mehr, viel mehr, als der frechtliche Fügenfeldzug es vermöchte.

In der Reichsregierung aber ist es nun, nachdem die Wirkung auf das Ausland doch nicht mehr zu verhindern ist, darauf zu sorgen, daß wenigstens die Wirkung im Inland nicht unheilvoll wird. Dazu sind aber schon Redensarten nicht dienlich; die haben wir schon gar zu oft vernommen, ohne daß ihnen auch nur der Anfang der Tat folgte. Nun heißt es hadereln. Nicht wegen des preussischen Diätengesetzes; das ist dem Volk nicht gar so wichtig. Aber das Volk will sehen, daß der dreipen Annäherung der Reaktionen Einhalt getan wird. Der erste Schritt dazu ist die Niederlegung des Eulennestes der Reaktion, des preussischen Parlaments in seinen beiden Teilen. Ober soll noch weiter ein York von Wartenburg in den Stand gesetzt sein, uns Deutsche vor Scham erröten zu lassen und die feindliche Welt mit Jubel über neue akute englische Triumphe zu erfüllen?

Vom Tage.

Auf der Höhe 185 südlich Ripont holten sich die Franzosen übermüdete blutige Köpfe. Nach verhältnismäßig ruhig verlaufenem Vormittag griffen sie nach außerordentlich heftiger Feuerberei- tung mit allen Kalibern um 4.30 Uhr nachmittags die dortigen neuen deutschen Stellungen mit überlegenen Kräften an. Vorübergehend gelang es ihnen, auf dem Südwesthang der Höhe in ein schmales Grabenstück einzudringen. In erbitterten Nahkämpfen wurden sie wieder zurückgeworfen und nur ein kleiner Teil des Grabens blieb in ihrer Hand. Die Höhe 185 selbst ist jetzt in deutschem Besitze. Die Eijfelfurm-Melbung vom 13. März 1.50 Uhr vormittags, welche die Eroberung eines deutschen Grabens in Breite von 1500 Metern und die Eroberung der Höhe 185 meldet, entspricht nicht den Tatsachen.

Der gemeldete Angriff der Engländer südlich Arras bei Beaurains wurde in drei Sturmwellen vorgetragen. Die erste Welle der englischen Sturmkolonnen, der es in raschem Ansturm gelungen war, in die deutschen Gräben einzudringen, wurde im Nahkampf völlig vernichtet. Eine zweite und dritte Welle wurde noch vor den Hindernissen verlustreich abgewiesen. Ohne die Verluste der ersten Welle verloren die Engländer fünfzig Tote und Verwundete. Eine feindliche Unternehmung nördlich der Lore in der Gegend der Straße Amiens-Roye scheiterte trotz fünfständiger Vorbereitung durch Artillerie- und Minenwerferfeuer unter schweren Verlusten, noch bevor die Sturmkolonnen die deutschen Hindernisse erreichten.

Die Einnahme von Bagdad durch die Engländer mag die militärische Lage in Mesopotamien verhältnismäßig wenig beeinflussen; über die Tatsache wird man aber die Augen nicht verschließen dürfen, daß die Engländer mit der Zurückdrängung der Türken aus der mesopotamischen Hauptstadt einen moralischen Erfolg errungen haben, der von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Das dürfen wir um so weniger verkennen, als bei den Bundesgenossen Großbritanniens nach Lage der Dinge eine klare Vorstellung davon nicht zu hegen ist, daß das gesamte mesopotamische Unternehmen der Engländer im Grunde genommen gegen sie selbst, insbesondere gegen Rußland, gerichtet ist. Völlig richtig gegenüber haben die Engländer natürlich niemals unterlassen, auf das stark einflussreiche Moment hinzuwirken, das den englischen Operationen vom Persischen Golf her angeht die militärische Situation der Russen in Persien und Armenien innemohnt. Haben sich aber hier und da in Orientteilen Stimmen gezeigt, die die englische Kriegsmüdigkeit auf diesem Kriegsschauplatz in einem zweifelhaften Maße erkennen zu lassen wagten, so wurden dringende Botschaften von London aus immer durch den Himmel beschwichtigt, daß es letzten Endes den deutschen Einflüssen in Kleinasien zu brechen gelte, und daß zu diesem, allen Entente-mächten höchst erwünschten Ziele alle Mittel recht sein müßten.

In Wirklichkeit kommt es England natürlich nur darauf an, den Uferküsten über die Herrschaft des Mittelmeeres, in denen sich Franzosen, Italiener und Russen ergötzen, dadurch rasch ein Ziel zu setzen, daß es alle Vorbereitungen trifft, um endgültig alle Ausgangspunkte des Mittelmeeres nach dem Großen Ozean hinaus in seine Hand zu bekommen. Das hat nach dem Afrikanischen Ozean, Gibraltar, in England sowie an der Küste von Dalmatien, den Griechischen Inseln auf Spanien ausübt, läßt letzteres nicht auf den Gedanken kommen, einen militärischen Widerstand in dieser Beziehung entgegenzusetzen. Anders steht es um die Ausfahrt nach dem Indischen Ozean, wo die Befestigung in Ostafrika allein nicht den nötigen Rückhalt bietet, um den Weg durchs Rote Meer zu sichern. Hier treibt Großbritannien nach einer Ausweitung seiner Macht, und der gegenwärtige Krieg bietet ihm Gelegenheiten, seine Fänge nach dieser Richtung in einer Weise auszuweiten, die alle Bedrohungen von Seiten der Kontrahenten innerhalb der Entente ausschließen scheint.

In zweiter Linie interessiert England natürlich die Beherrschung des Landweges nach Indien, der durch die mit Deutschland bzw. mit der Türkei geschlossenen Verträge zum großen Teil seiner unmittelbaren Kontrolle entzogen war. Selbstverständlich war dem englischen Geiste lediglich die Kontrolle der Seebahnen nachzudenken, und die Kriegslage brachte es mit sich, daß auch dieses Gebiet der großen, das Mittelmeer mit dem Persischen Golf verbindenden Eisenbahn dem Weltkriege unterstellt wurde. Diese Gelehrte dürfte für die gewaltigen Anstrengungen entschuldigend gewesen sein, die England zur Einleitung und Durchführung des mesopotamischen Feldzuges gemacht hat. Die letzte Kritik, die das Unternehmen bisher bei den politischen Kreisen Englands erfuhr, war ein Bemerkung der pazifischen und sozialistischen Parteien, die England hier zu verurteilen hätte. Durch die Einnahme von Bagdad, der Hauptstadt des Landes, ist es ihm in der Tat vollständig gelungen, seine mit großer Gültigkeit kombinieren militärischen und politischen Ziele zu sichern. Damit der vorläufige Eindruck in der öffentlichen Welt durch eine Reihe von Irrtümern nicht getrübt werde, was der Augen haben, wenn wir auch der Überzeugung sind, daß es nicht daran liegt, daß diese oder jene entgegenstehenden Parteien nicht auf einem anderen Gebiet ihre Kräfte haben werden, sondern auf dem Schlachtfeld in Kleinasien oder in der englischen Heimat, also dort, wo die Hauptgegner des gegenwärtigen Ostkriegs, Deutschland und England, unmittelbar miteinander die Waffen tragen.

Die unermüdeten Bemühungen der amerikanischen Seemächte sind von der Seite der englischen Seemächte nicht mit geringerer Begeisterung begrüßt worden. Die beiden Nationen sind sich einig, daß jeder Tag bringen viele Tausende Tote und Verwundete, wenn die Seemächte nicht so rasch und so erfolgreich die Seemächte der Entente zu machen.

Nach einer Wellenlinie Wirkung haben die Arbeitergewerkschaften durch ihre Beschlüsse einseitig ihre Forderungen auf jedem Kriegsschauplatz angebracht, falls die Beschlüsse der Entente in den Krieg gezogen werden.

Die englische Regierung hat ihren bisherigen Gesandtschaften einen neuen Hinweis gegeben; so hat die Einnahme der Höhe 185 und des Höhenzuges angedeutet. Später im April sollen die Verhandlungen in beiden Parlamenten gegeben, die sich gegen die Regierung richten. In der Debatte wurde ein regelmäßiges Komitee eingesetzt, das die Regierung unterstützen soll. Die Mitglieder sind die unabhängigen Demokraten, sowie die Radikalen. Sie haben eine Erklärung abgegeben, die die Regierung an der Hand der Debatte begründet, daß es dem gegenwärtigen Kriegszustand

des Internen, des Verkehrs und der Landwirtschaft gelingen wird, das Land vor der drohenden Lebensmittel-Katastrophe zu retten. Scharfe Worte fielen gegen die Bürokratie und die Regierung. Letztere wurde nachgelagt, sie erteile systematisch jedes Interesse des Volkes an den Vorgängen in der Duma, sie treibe ein teuflisches Spiel. Wiederholt kam es zu tumultuarischen Szenen; es fielen Worte, wie „Schurken, Volksmörder und Pestheulen“, die der Regierung galten. Ein Abgeordneter sprang gegen die Ministertribüne aus und wurde deshalb auf drei Sitzungen ausgeschlossen.

In Schweden treffen die ersten Reisenden aus Rußland ein, welche die schrecklichen Unruhen in Petersburg mitgemacht haben. Sie schildern die beständig steigende Erregung der Massen, die fast als offene Revolution anzusehen wäre. Die Ursachen seien keineswegs nur Lebensmittelknappheiten, es habe sich um politische Krawalle gehandelt, die vornehmlich gegen den Krieg gerichtet seien. Die Polizei, berichten die Reisenden, versuchte die Volkserregung auf die Brot- und Fleischgeschäfte abzulenkten und provozierte selbst die Blünderung von Lebensmittel-läden. In der ganzen vergangenen Woche herrschte in der Mehrzahl der Fabriken Streik, die Arbeiter begaben sich in die Fabriken, nahmen jedoch die Arbeit nicht auf. Überall fanden geheime Arbeiterversammlungen statt. Außerdem wurden allenthalten in der Stadt die Lebensmittelgeschäfte geplündert, was die Polizei duldet. Nur in den Vierteln am Jaroslaw Seltzer Bahnhof und in der Gegend des Schwabni-Kanals schritt die Polizei ein, weil die Masse sich auf die Schutzleute stürzte und sie mißhandelte. Am Donnerstag verließen die streikenden Arbeiter die Fabriken und traten in dichten Massen unter dem Ruf: „Nieder mit dem Zaren! Gebt uns Frieden! dem Stadtzentrum, dem Bolschaj Prospekt und anderen Hauptstraßen zu. Hier wurden sie jedoch von einem größeren Polizeiaufgebot mit Schüssen empfangen; zahlreiche Arbeiter wurden getötet. Das war das Signal zum allgemeinen Aufruhr. Die Regierung versuchte zunächst eine Beschwichtigung durch die Reichsduma. Der Dumapräsident verlas auf Wunsch des Ministerpräsidenten Fürst Golitsin eine Erklärung, in der der Zutritt zu einer besonderen Beratung angekündigt wurde. „Die Unruhen“, so heißt es in der Erklärung, „welche wegen der Lebensmittelknappheit in Petersburg und anderen Großstädten ausgebrochen sind, nahmen einen solchen Umfang an, daß sie sich besonders ernst zu gestalten drohen. Das sind traurige Verhältnisse in der schicksalsschweren Kriegszeit. Weil einige Maßnahmen nötig sind, tritt unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Sonderkommission zusammen, an der die übrigen Mitglieder der Reichsratspräsident, der Dumapräsident und die Vizepräsidenten teilnehmen.“ Diese Beschwichtigungsversuche waren ergebnislos. Bereits in der Nacht vom Freitag auf Sonnabend flogen große Spektakel der Patronenfabrik auf der Goldwasser-Straße in die Luft. Am nächsten Morgen war in der Hauptstadt allgemeiner Aufruhr; die Polizei schloß. Nach übereinstimmenden Schilderungen sieht Petersburg seitdem wie ein Kriegsschauplatz aus. Das Volk stürmt Gassen und öffentliche Gebäude. In den Hauptstraßen sind Maschinenengewehre aufgestellt. Die Arbeit ist überall eingestellt. Vor dem Betreten der Straße wird gewarnt. Die Störungen erscheinen unregelmäßig. Große Anschläge ermahnen die Bevölkerung, im Hause zu bleiben.

Nach anderen Meldungen entstanden die Unruhen dadurch, daß sich am Dienstag vor den Mischlagern des Alexander-Newski-Klosters und dem Internaturlager auf der Spalernajstraße unweit der Reichsduma eine Menschenmenge einstellte, die gegen 5 Uhr zu unabhörbaren Tuscheln anbrach. Als man versuchte, die Internaturlager zu räumen, erschien an der Spitze von Kolonnen, Herden und Erschlagenen der Kavallerie der Petersburger Polizeipräsident General Balakow vor der Internaturlager und der Polizeimeister General von Halle vor dem Kloster. Nach zweimaliger vergeblicher Warnung wurde von der Schutzwache Gebrauch gemacht; aber auch aus der Menge erfolgten Schüsse, und wenige Minuten darauf gab es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete, deren Zahl dadurch gekennzeichnet wird, daß allein in Leichenhäusern und Krankenhäusern des Peter-Pauls-Krankenhaus und des Marien-Krankenhaus bis um 10 Uhr früh etwa 40 Tote und über 120 Verwundete eingeliefert wurden.

Der Nachmittags verließ wieder einigermaßen ruhig; nur die großen Stofffabriken Gipsow, Platom und Kabinia wurden von der Menge besetzt. Gegen Abend wurde bekannt, daß die gesamte Arbeitererschaft von Lejner, Butilow und mehreren Fabriken auf der Wihorgseite die Arbeit eingestellt drohte, falls für ihre Konsumvereine nicht sofort Brot geliefert werden sollte. Die Petersburger Militärbehörden hatten daraufhin aus ihren eigenen Mehlbeständen während der Nacht Brot, das am Mittwoch früh den Arbeiterkonsumvereinen im geheimen überreicht wurde. Im selben Mittwoch konnte wieder zum erstenmal ein wenig Brot für das große Publikum geboten werden, aber die Vorräte mußten nach wenigen Minuten wieder schmelzen, da das wenige Brot zum großen Teil ohne Bezahlung von den Sturmenden entriehen wurde.

Dieser Bericht reicht nur bis Mittwoch. Die Zahl der Opfer an Toden und Verwundeten in diesen Tagen beträgt er auf 300 bis 400. Er hebt hervor, daß bei der zweitgrößten Hungerrivolte aus der tausendköpfigen Menge nur ein einziger Tote und Verwundete ebenso oft wie Ruße nach Brot verlangten.

Interessant ist, wie englische Blätter ihre Leser über die Unruhen unterrichten. So schreibt „Daily Chronicle“: „Die Unruhen in Petersburg zeigen sich in der Form von Straßenkrawallen in einem gutartigen Charakter. Die Menge, meistens Frauen und Kinder, durchzieht die Straßen, nur wenige Arbeiter sind unter ihnen. Das Fehlen des Brotes macht, daß die Menge gut gemeint ist. In der Nähe des Moskauer Bahnhofs in Petersburg tanzte die Menge die Kasaken mit Weißbrot und Zigaretten. Die jetzige Bewegung hat nichts von einer Revolution an sich.“

Über das englische Einflußverhältnis in der ganzen Reihe von Mitteln betrifft die Ziele vornehmlich, namentlich die Schließung der mitteleuropäischen Grenzen — nach England anzuhören, in man in weiten Kreisen Italiens mehr als befürzt. Es haben an verschiedenen Orten Versammlungen von Großindustriellen stattgefunden, die über die Folge der Maßnahmen berichten und die die Regierung überzeugen wollen, der englischen Regierung Maßnahmen, wie schwer die neue Maßnahme ganze Produktion in Italien zu schädigen geeignet ist.

Diese öffentlichen Herrens sind durch die monatlangen, ja fast halb nach Jahren zu bemessenden Erregungen in der Kohlenfrage offenbar noch nicht darüber bekehrt, daß es den englischen Behörden durchaus nicht unklar ist, wie es und wie weit Italien geschädigt wird. Logischerweise müßte ja die Regierung, wie der „Avanti“ richtig kritisiert, antworten: „Meine Herren Industriellen, Sie haben, wie wir, den Krieg gewollt, und was Sie jetzt erleben, ist nichts weiter als eine Konsequenz des Kriegszustandes. Sie beklagen sich über den Schlag, der die Kohlenpreise bedingt; durch die englischen Maßnahmen getroffen

hat wir erkennen ihn an, aber erinnern Sie sich doch, daß, als wir den Londoner Vertrag unterzeichnet haben, Sie gesubelt und die Zahlen zum Fenster hinausgeschickt haben, denken Sie daran, daß, als Runciman kam und uns Kohlen versprach — die nicht kamen —, Sie einfach befehligt waren, erinnern Sie sich, daß, als die Konferenz in Paris die allernächsten Wirtschaftsbeziehungen zu England knüpfte, Sie diese Politik ermuntert haben, von der Sie sich Millionen versprochen. Nunmehr ist unsere Situation der englischen Regierung gegenüber eine solche, daß wir uns auch nicht mehr den Anker befehligen Protest erlauben dürfen.“ — Natürlich wird die italienische Regierung nie so sprechen, sondern sich hinter ein begütigendes Wort und ein Versprechen verstecken, meint der „Avanti“. Und genau so, wie er es schildert, benimmt sich ja jetzt die Regierung auch in den Kammerverhandlungen anlässlich der Lebensmittelfragen, die zu einem guten Teil von der bundesgenössischen Wirtschaftspolitik bestimmt werden.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

W.B. Berlin, 13. März, abends. (Amtlich.) Lebhaftige Gefechtsstätigkeit an der Aisne, südlich der Aisne und in der Champagne.

In Oden brachte ein Vorstoß an der Marajowka über 250 Gefangene ein.

Wien, 13. März. (Amtlich.)

Deutscher Kriegsschauplatz.

In Raume südlich und östlich von Brzeznany mehrere erfolgreiche Vorfeldunternehmungen.

Nördlich der von Jozow nach Tarnopol führenden Bahn holten unsere Stoßtrupps 3 Offiziere, 320 Mann und 13 Maschinengewehre aus den russischen Gräben. In Wolhynien setzte härtere Kampfstätigkeit ein.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Geschütz- und Minenwerferkämpfe auf der Karstschloßfläche und im Wippach-Tale hielten Tag und Nacht an.

Auf der Zima di Costabella wurde ein schwächerer italienischer Angriff abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In der Landenge zwischen Dohrida- und Presba-See schlugen österreichisch-ungarische, deutsche und bulgarische Abteilungen einen französischen Vorstoß zurück.

Frankreich und Belgien.

Die Kämpfe im Westen.

Französischer Heeresbericht vom 12. März, nachmittags. Zwischen Soissons und Reims machte der Feind auf einen unserer Schützengräben in Gegend Poissy einen Durchbruch, der durch unsere Feuer glatt abgeschlagen wurde. Der Feind erlitt Verluste und ließ Gefangene in unserer Hand. In der Richtung auf Mailon de Champagne erzielten wir im Laufe der Nacht neue Erfolge mittels Handgranaten. Im Abschnitt Aubrievue Patrouillengefechte. Die Zahl der dem Feinde am 8. März in der Gegend Mailon de Champagne genommenen Maschinengewehre beläuft sich auf 12. — In der Woivre-Chêne gelang uns ein Einfall in die deutschen Schützengräben nördlich Seicheprey. In Lothringen Patrouillen-kämpfe. Wir machten einige Gefangene in der Gegend St. Martin, nordwestlich Badonviller. Überall war sonst die Nacht ruhig.

Bericht vom 12. März abends. Zwischen Dije und Wisne wirkte Artilleriefeuer auf die feindlichen Anlagen nordwestlich Vingre. In der Champagne unternahmen wir nachmittags einen neuen Angriff auf die deutschen Stellungen westlich Mailon de Champagne. Auf einer Front von 1500 Metern nahmen unsere Truppen sämtliche feindliche Gräben. Sie eroberten den Kamm der Höhe 185 und drangen in das befestigte Werk auf den Nordabhängen des Hügels ein. Bei dieser Kampfhandlung machten wir etwa 100 Gefangene. Auf beiden Maas-Ufern ziemlich lebhafter Artilleriekampf in den Abschnitten von Avocourt, Douaumont und St. Mihiel. Heute gegen 4 Uhr nachmittags beschossen die Deutschen die offene Stadt Soissons mit Brandgranaten. Es wurden mehrere Brände hervorgerufen.

Belgischer Bericht. An der belgischen Front war die Artillerieitätigkeit groß, besonders bei Dignuiden und Steenstraate. Die gegenseitige Beschichtung war nachmittags von lebhaftem Handgranatenkampf begleitet.

Englischer Bericht vom 12. März. Wir verbesserten unsere Stellung knapp nördlich Bouchavesnes. In der belgischen Gegend drangen unsere Patrouillen in die feindlichen Gräben ein und machten einige Gefangene. Heute morgen unternahmen wir eine Streife gegen die Gräben südlich Arras, waren trotz starken Widerstandes Bomben in die Unterstände und fügten dem Feinde viele Verluste zu. Gestern herrschte beträchtliche Stregertätigkeit. Unsere Flugzeuge führten viele erfolgreiche Bombenabwürfe und Aufklärungsarbeit aus. Neue feindliche Maschinen wurden heruntergeholt oder zum Niedergehen gezwungen, wovon 4, wie anerkannt wurde, zerstört wurden. Für unsere Flugzeuge werden vermehrt.

Der Seefrieg.

Lufteinangriff auf russische Zerstörer.

W.B. Berlin, 13. März. (Amtlich.)

Deutsche Seeflugzeuge griffen am 12. März zwei russische Zerstörer der Bistrj-Klasse, die sich im Anmarsch auf Constanza befanden, mit Bomben an und zwangen sie zur Umkehr. Zwei Bombentreffer auf das Vorder- und Hinterdeck eines Zerstörers wurden erwidert beobachtet.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Verienkt

Wurde wieder eine Anzahl feindlicher neuartiger Schiffe. Unter den letzteren soll sich nach einer Meldung aus Irland auch der norwegische Dampfer „Storkad“ befinden, der, wie der Kapitän erklärte, die Kennzeichen der belgischen Unterstüßungskommission deutlich trag weiße Boote werden vermehrt. — Man wird natürlich erst den Bericht des in Strone kommenden U-Boot-Kommandanten abwarten müssen, ehe dazu Stellung genommen werden kann.

Ämtliche Mitteilung der Bewaffnung amerikanischer Handelschiffe

Das Staatsdepartement in Washington hat allen fremden Vertretern mitgeteilt, daß die amerikanischen Schiffe, die die deutsche Seesperre durchfahren, zum Schutze des Schiffes und der an Bord befindlichen Personen bewaffnet sein werden. Es ist nicht klar, ob die Bewaffnung obligatorisch sein wird, doch wird das Marineministerium alle Schiffe bewaffnen, die um eine Bewaffnung bitten.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Auch der chinesische Senat für den Bruch.
Der chinesische Senat genehmigte mit 158 gegen 37 Stimmen die Regierungspolitik zum Abbruch der Beziehungen mit Deutschland.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das preussische Abgeordnetenhaus

hat am Dienstag die zweite Lesung des Eisenbahnelais beendet. In der Debatte wurde von Rebnern aller Parteien Verbesserung der Gehälter und Löhne der Angestellten und Arbeiter gewünscht, sowie Gewährung von Leistungszulagen. Abg. Paul Hofmann (Arbeitsgem.) erörtert u. a. auch das Verhältnis der Verwaltung zum Eisenbahnverband, wobei er behauptete, daß die Eisenbahnverwaltung dem Verband nur während des Krieges ein größeres Entgegenkommen zeigen wolle. Tatsächlich bezieht sich die Anerkennung des neuen Verbandes aber nicht nur auf die Kriegszeit. Bemerkenswert ist, daß der Abg. Wallbaum, ein konservativer Arbeitervertreter, den Minister gegen Gewerkschaften, die nicht ausdrücklich auf das Streikrecht verzichteten, scharf zu machen suchte.

Die „Christlichen“ gegen Schorlemer.

In der jüngsten Nummer des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften, das von dem Generalsekretär Stegerwald, einem Mitglied des Kriegsernährungsamts, geleitet wird, werden die Angriffe des Ministers v. Schorlemer gegen die Eingabe der Gewerkschaften mit einer auffallenden Schärfe zurückgewiesen. Gegen diese Art der Polemik, die dem Minister beliebt habe, müsse Verwahrung eingelegt werden. „Für uns ist es feststehende Tatsache, daß dieser Minister für die vom Verbraucherstandpunkt aus so schlechten Verhältnisse in erster Linie verantwortlich zu machen ist. Er kannte zur Produktionssteigerung nur die verhängnisvolle Politik des Anreizes durch ständig steigende Preise, und gerade diese Politik hat die Lage der Verbraucher immer mehr verschlimmert. Daher konnte der Minister auch gegen den sachlichen Inhalt der Eingabe kaum etwas vorbringen. Im übrigen ist es mit allem Nachdruck zu brandmarken, daß die Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses einschließlich des Zentrums, es durch den Schluß der Debatte den Gewerkschaftsvertretern im Abgeordnetenhaus unmöglich gemacht haben, dem Landwirtschaftsminister in gebührender Weise entgegenzutreten.“

Spanien.

Wahltag der spanischen Liberalen. Bei den Wahlen zu den spanischen Generalräten waren die Liberalen erfolgreich. Es wurden 150 Liberale, 20 Regionalisten, 17 Karlisten 17 Republikaner und 25 Anhänger Mauras gewählt. Die Sozialisten enthielten sich der Abstimmung.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 14. März.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Februar auf 1189 (1320) die der Besucher auf 1246 (1498). Die eingekammerten Zahlen sind die des vorhergehenden Monats. — Davor kamen in derselben Sache wiederholt 140 Personen. Mithin sind im Februar 999 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1189 (1392), darunter nach auswärts schriftlich 41 (60). Von den Besuchern waren organisiert 289 (330) Personen, und zwar gewerkschaftlich 119, politisch 16, gewerkschaftlich und politisch 154. Unter den verbleibenden 957 Nichtorganisierten befinden sich 775 Angehörige von Organisierten und 7 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 430 (496) männlich, 811 (900) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilten sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1128 (1340); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 113 (128); Organisierten 5 (—). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 979 (1122) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 110 (150), Oldenburg 54 (81), Mecklenburg 47 (88), Preußen 32 (47), und sonstige 24 (28). Die Auskünfte verteilten sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall, Invaliden- und Krankenversicherung) 201 (225), Privatangehörigenversicherung — (1), Arbeits- und Dienstvertrag 174 (192), bürgerliches Recht 238 (337) Strafrecht 65 (66), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 440 (342), Vereins- und Verwaltungsverfahren — (1), Arbeiterbewegung 2 (2) Privatversicherung 3 (4), Handels- und Gewerbesachen 5 (6), Verschiedenes 16 (12). Von den Auskünften machten 318 (337) die Anfertigung von 391 (440) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 21 (21) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 196 (200) Besichtigungen. Der 15. Februar zeigte mit 69 (91) die höchste, der 16. Februar mit 30 (34) die niedrigste Besucherzahl.

Vom Lebensmittelhandel. Trotzdem fast alle nötigen Lebensmittel rationiert und infolgedessen vom freien Handel ausgeschlossen sind, finden sich täglich in den Zeitungen Inserate, durch die Waren zum Kauf angeboten oder zum Kauf gesucht werden. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ schreibt darüber: Steht irgend eine Ware die Beschlagnahme oder auch nur eine Beschlagnahme bevor, so fühlen sich auffallend viele Personen zum Handel damit berufen, während andere schlennig das Wort mit dem entprechenden Erfolg beglücken möchten. Daneben blüht natürlich der Handel mit „beschlagnahmefreien“ Gütern. Seit einiger Zeit kommt noch eine Spezialität hinzu, nämlich die Verkaufsmittler für die „Schwarzarbeiter großer Werte“. Ein Schriftsteller sucht Wasserglas, Dese jeder Art, Gelatine und alle möglichen Chemikalien, wie sie in der Erbschmittellindustrie gebraucht werden. Ein Redakteur handelt mit Suppenwürfeln, ein Detektiv mit Pfeffererz, wofür er auch das Rezept zum Preise von 10 Mt. anbietet. Eine Teppichhandlung gebraucht Kaffeesatz, ein Werkzeugmacher einige Pfund Bohnentafel; eine Eisenwaren- und Werkzeughandlung bietet sechs Zentner Walnüsse an, eine Werkstatt für Feinmechanik wünscht beschlagnahmefreien Zucker zu ersehen. Ein Schneider und ein Goldwarenhandler verlegten sich auf das Ketzengeschäft, während bei zwei Architekten, einem Bau-

Der amtliche Kriegsbericht.

WZ. Großes Hauptquartier, 14. März. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Armentieres wurden englische Abteilungen durch Feuer verjagt.

Im Ancregebiet griffen die Engländer nachmittags ohne Artillerievorbereitung zwischen Miet le Petit und Grevillers, nachts nach starkem Feuer beiderseits von Bucquoy an. Sie wurden verlustreich abgewiesen und ließen 50 Gefangene in unserer Hand.

In der Champagne dauerten die Kämpfe südlich von Ripont mit wechselndem Erfolg an.

Auf dem Oiseufer der Maas schritten die Vorposten der Franzosen bei St. Mihiel. Einer unserer Flugposten wurde zurückgedrängt.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Lebhafte Vorkämpflichkeit an mehreren Stellen zwischen Dülse und Dujestr.

An der Marajowka stürmten unsere Stoßtrupps Teile der russischen Stellungen, zerstörten ausgedehnte Minenanlagen und töteten mit 2 Offizieren und 256 Mann als Gefangene, mehreren Maschinengewehren und Minenwerfern als Beute zurück.

Bahnhof Nazwilow (nordöstlich von Brody) wurde ausgiebig mit Bomben beworfen.

Von der Front des Generalfeldmarshalls Erzherzog Josef und der Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls von Mackensen ist nichts Besonderes gemeldet.

Mazedonische Front.

Mehrere französische Vorstöße zwischen Ohrida- und Prepa-See blieben ergebnislos.

Auch starke feindliche Angriffe nordwestlich und nördlich von Monastir schlugen fehl. An beiden Stellen erlitt der Gegner erhebliche Verluste.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

gelbesvermittler und einem Bauartikelfeschäft die Seifenfabrikmittel bezieht sind. Eine Zellulose- und Kammschiff handelt mit „geirakttem Pfeffer“, eine Seifenvermieterin kauft „Lebensmittel jeder Art, jeden Posten“ für großes Werk. Dazu kommen dann noch die futuristischen Elemente ohne eigene Wohnung, die gleichfalls Pfeffer, Pfeffererz, Stärke, Waschlupfer, Seife u. dergl. anbieten. Mancherlei fällt bei diesen Anzeigen auf. Einige kehren in den beiden Abteilungen — Kaufgesuchen und -angeboten — derselben Nummer wieder. Sollte es doch noch den „nützlichsten“ Kettenhandel geben? Dann: Gibt es verkehrsfreien Zucker? Nach den verschiedenen Verordnungen muß das verneint werden, aber die ständig wiederkehrenden Anzeigen scheinen das Gegenteil zu beweisen. Ebenso ist es mit den Seifeninformaten. Nach dem klaren Wortlaut der Verfügungen müßten Seifenangebote und -gesuche ganz überflüssig sein, da die Rundschau (Kleinhändler und Abnehmer der Fabriken) an ihre früheren (vor dem Inkrafttreten der Verordnungen bestehenden) Lieferanten gebunden sein sollten. Trotzdem kehren auch diese Anzeigen, manche mit dem Zusatz „mit oder ohne Bezugsschein“, immer wieder. Auffällig sind auch die häufigen Seifenkaufgesuche der Seifenfabriken. Soll die Seife wieder verarbeitet werden, was doch Arbeits- und Materialvergeudung wäre, oder soll der Weg vom Produzenten zum Konsumenten zum Schaden des letzteren vertriehelt werden? Eine Königsberger Firma bietet Mandeln, den Zentner für 225 Mt. an. Wieviele Hände müssen diese Mandeln noch passieren, bis sie für den jetzt geforderten Kleinhandelspreis von 12 bis 16 Mt. „reif“ geworden sind?

Mit strengen und umfassenden Zensurvorschriften gegen den Inseratenteil der Zeitungen, die das Blatt empfiehlt, dürfte dem Anflug kaum beizukommen sein, da er dann eben andere Mittel suchen und finden wird, um weiter zu blühen. Mehr würde eine Prüfung solcher Offerten und ein Einschreiten gegen ihre Aufgeber helfen. Das wäre freilich ein schweres Stück Arbeit für die Behörden.

Der Milchpreis wird hier in Lübeck von morgen ab auf 30 resp. 32 Pfg. erhöht, weil angeblich die Landwirtschaft mit einem geringeren Preise nicht mehr auskommen kann. Es gibt nicht viele Leute, die diesen Grund der Milchproduzenten für berechtigt halten. Die Parole „Verechert Euch!“ gilt leider in der Kriegszeit mehr als je. Daß die Milch weit billiger zu liefern ist, zeigt folgendes Beispiel. Aus Neustadt i. Holst., also aus unserer nächsten Nachbarschaft, wird berichtet: Von 15 März werden in Neustadt die Milchpreise erhöht und zwar für Vollmilch auf 24 Pfg., Magermilch und Buttermilch auf 12 Pfg. — Da nicht anzunehmen ist, daß die Landwirte aus der Umgebung von Neustadt bei ihrer Milchlieferung nichts verdienen, so muß daraus geschlossen werden, daß die Lübecker Milchverarbeiter nur einen noch erhöhteren Profit für sich beanspruchen, wenn sie so enorme Preissteigerungen für Milch vornehmen, gegen die die Bevölkerung gegenwärtig leider wehrlos ist.

Vollmilch zu ermäßigtem Preise. Von der Kriegshilfe wird bekannt gegeben: Haushaltungsvorstände, welche auf Grund von § 6 des Einkommensteuergesetzes vom 1. November 1913 eine Steuerermäßigung genießen, oder welche zur Einkommensteuer nicht veranlagt sind, erhalten, falls sie drei oder mehr Kinder im Alter von nicht mehr als 14 Jahren in einem Haushalt unterhalten, auf Antrag eine Beihilfe von 4 Pfg. für das halbe Liter. Anträge auf diese Beihilfe sind von Montag, dem 19. März 1917 an im Geschäftszimmer des Ausschusses für Kriegshilfe (Königsstraße 131) unter Vorlegung des Steuerzettels oder einer Bescheinigung des Steueramtes, daß der Antragsteller zur Einkommensteuer nicht veranlagt ist, zu stellen. Die Beihilfe wird durch Ausgabe von Ausweisarten mit daran hängenden Gutscheinen, jedoch für nicht mehr als für 2 Liter täglich für jedes Kind gewährt. Weitere Einzelheiten sind aus dem Anzeigenteil ersichtlich.

Kohlsüder für den Haushalt. Versuchsweise ist Kohlsüder in den öffentlichen Verkehr gebracht worden, welcher den nur knapp zur Verteilung kommenden raffinierten Zucker zum Teil ersetzen soll. Gegen diesen Kohlsüder werden anscheinend gewichtige Bedenken erhoben, die hauptsächlich dahin gehen, daß er mehr oder weniger unrein sei, einen widerlichen Geschmack und Geruch habe, infolge seiner Klebrigkeit den denkbaren besten Nährboden für Bakterien, Schimmelpilze und andere Mikroben bilde, und sich auch schlecht halte. Daneben sei sein wirklicher Zuckergehalt weit geringer, als der nur wenig billigere Preis vermuten lasse, und die Klebrigkeit des Kohlsüders lasse sowohl im Handel als auch im Haushalt erhebliche Verluste entstehen, die bei der allgemeinen Zuckerknappheit nicht unterzählt werden dürften. In Marmeladen- und Einmachewerken lasse sich Kohlsüder überhaupt nicht verwenden, da er hierbei einen ekelhaften Geruch entwickle und die Früchte

verdünnen. Außerdem wird behauptet, daß zurzeit große Mengen raffinierten Zuckers in den Fabriken lagerten, um deren Abnahme diese vergeblich ersehnten. Selbst wenn man berücksichtigt, daß diese Mitteilungen auf die an dem ausschließlichen Verkauf raffinierten Zuckers ganz besonders interessierten Zuckerraffinerien zurückzuführen sind, so sollte das Kriegsernährungsamt keinen Augenblick zögern, sich zu dieser Angelegenheit recht eingehend zu äußern, denn sie beunruhigen nicht nur die Verbraucher, sondern lassen auch vermuten, daß der jetzige Leiter der Reichszuckerstelle bei seinen Maßnahmen nicht die glückliche Hand besitze, deren Fehlen ihn schon für die Leitung der Reichszuckerstelle für Gemüse und Obst auf die Dauer unmöglich machte.

Zur Entziehung der Familienunterstützung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: „Zur Entziehung der Familienunterstützung.“ Nach § 11 des Familienunterstützungsgesetzes vom 28. 2. 88/4. 8. 14 ist die Unterstützung einzustellen, wenn sich Personen, deren Familien nach den Vorschriften dieses Gesetzes unterstützt werden, der Fahnenflucht schuldig machen oder durch geringliches Einkommen zu Gefängnisstrafe von längerer als sechsmonatiger Dauer oder zu einer härteren Strafe verurteilt werden. Da diese Vorschrift unvereinbar mit Härten für die betroffenen Familien führt, hat der Herr Reichskanzler schon vor längerer Zeit angeordnet, daß Familien, denen auf Grund der angelegenen gesetzlichen Bestimmungen die Familienunterstützung entzogen werden müsse, in ausreichendem Maße im Wege der Kriegswohlfahrtspflege zu versorgen seien. (Die betreffenden Familien sind also nicht auf Familienunterstützung angewiesen.) Zugleich ist darauf hingewiesen worden, daß die Entziehung der Familienunterstützung nur für die Zeit der Strafverbüßung in Frage komme.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Fuhrwerk von Louquet erfolgte heute morgen gegen 5 Uhr in der Wühlstraße. Das Fuhrwerk war aus der Kapitelstraße gekommen und fuhr in die Wühlstraße hinein, als ein Arbeiterwagen der Straßenbahn vom Ringenberg herankam. Eine Kollision war nicht mehr zu vermeiden. Der Kutscher wurde vom Wagen geschleudert und erlitt verschiedene Verletzungen, die seine Ueberführung in das Krankenhaus notwendig machten.

Eisenbahnverbot. Vom Eisenbahnzuge überfahren und auf der Stelle getötet wurde auf dem Bahnhof in Lauenburg a. S. der Schaffner Stebber II aus Lübeck.

Stadtheater. Am Schluß dieser Woche werden zwei bemerkenswerte Vorstellungen gegeben, auf die das Publikum ganz besonders hingewiesen sei. Freitag wird Kammerjäger Heinrich Jensei vom Hamburger Stadttheater in seiner Glanzrolle des „Fra Diavolo“ gastieren. Am folgenden Sonnabend geht Schafespeare's romantisches Lustspiel „Wie es euch gefällt“ erstmalig in Szene. Bei diesem anmutigen Werk, das seiner vielen Verwandlungen und Dekorationschwierigkeiten wegen nur selten selbst auf großen Bühnen eine Gattstätte findet, kommt zum ersten Male die neue Drehbühne in Anwendung, die von mehreren kunstfertigen Bühnengestirten unserer Stadt gestiftet worden ist. Diese Drehbühne setzt die Spielleitung instand, Bühnenbilder von großer Schönheit zu schaffen, ohne das übermäßig lange abspannende Pausen für den Umbau benötigt werden. Das Schafespeare'sche Lustspiel „Wie es euch gefällt“ verlangt einen ungewöhnlichen Szenenwechsel. Mit Hilfe der Drehbühne wird nun kein Umbau länger als höchstens 2 bis 3 Minuten in Anspruch nehmen, so daß das Werk in geschlossener Folge mit nur einer größeren Pause gegeben werden kann. Die technische Einrichtung dieser Drehbühne stammt von der Baufirma Chr. Behrens, Lübeck. Einen Hauptreiz der Aufführung, die unter der Leitung von Stanislaus Fuchs steht, wird die Musik von Hermann Hans Wegler bilden, die dieser für das Werk neu geschaffen hat. Auswärtige Bühnenleiter, Verleger und Kritiker auswärtiger Zeitungen sind zur Aufführung geladen.

„In freien Stunden.“ Volle zwei Jahrzehnte hat diese illustrierte Wochenschrift nun hinter sich. Der Iobson von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegebene 40. Band erweitert von neuem das Bestreben, der Arbeiterklasse auch auf dem Gebiete der unterhaltenden und belehrenden Literatur einen feststehenden Stoff zu liefern. Das Hauptstück dieses neuen Bandes bildet „Der Sonnenwirt“ von Hermann Kurz, ein Roman, der die Schuld der Gesellschaft am Werden des Verbrechers in ergreifender Darstellung aufweist. Josef Danberger hat dazu die Bilder gezeichnet; sie unterziehen die Anschaulichkeit der tagelichen Schilderung aufs Beste. Von besonders zeitgemäßem Interesse ist der zweite Roman: „Käsever und Gold“ von Levin Schädling. Er spielt 1870/71 und läßt aus kriegerischen Konflikten die persönliche Stimme der Liebe und Menschlichkeit emporklingen. „Seegeschichten“ von Edmund Hofer führen den Leser dann auf und übers Meer, und kleinere Skizzen vollenden die bunte Reihe der Erzählungen. — Der belehrende Teil des Bandes weist Lustige aus den verschiedensten Wissensgebieten auf und erläutert sie vielfach durch Illustrationen. Eine Fülle kleinerer Artikel schließt sich an, und Humor und Satire haben ebenfalls ihren Platz gefunden. Alles in allem: auch dieser Band unserer Arbeiter-Wochenschrift „In freien Stunden“ wird zahlreich Liebe haben finden. Neu hinzutretende Abonnenten können die seit Januar erschienenen Hefte von jeder Parteibuchhandlung nachbeziehen.

Notiz. Die Monatsbesprechung der sozialdemokratischen Frauen fällt heute aus.

Schönberg. Reichstagsersatzwahl in Neustrelitz. Die Ersatzwahl für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Roland Rude findet am 30. April statt. Kandidat der Nationalliberalen ist Dr. Stubmann; Hamburg, dessen Wahl gestiftet ist, nachdem die anderen Parteien gewillt sind, den „Bürgfrieden“ zu wahren.

Schwerin. Fortschrittliches aus Mecklenburg. Das Justizministerium ist ermächtigt worden, ledigen Personen weiblichen Geschlechts die Führung der Bezeichnung „Frau“ unter der Voraussetzung zu gestatten, daß sie mit einem Kriegsteilnehmer in der ernstlichen Absicht der Verheiratung verlobt waren, die Eheführung nur wegen des Todes oder der Verschollenheit des Bräutigams unterblieben ist und der Tod oder die Verschollenheit mit dem Kriege in Zusammenhang steht. Mit dieser Erlaubnis ist eine Veränderung des Personenstandes der Bäurte nicht verbunden. Die Kriegsbraute haben auch nach Verlobung des Titels „Frau“ ihren bisherigen Familiennamen weiterzuführen. Bedingung ist die mecklenburgische Staatsangehörigkeit.

Oldenburg. Die erste Tagung des Landtages wurde am Freitag geschlossen. Wenn der zweite Teil der ersten Tagung des unter dem Burgfrieden gewählten Landtages auch nur knapp drei Wochen Zeit in Anspruch genommen hat, so waren die erledigten parlamentarischen Arbeiten von bemerkenswerter Bedeutung. Das Gesetz über Zuschläge, die der Oldenburger Staat zu der Reichs-Kriegsgewinnsteuer erheben will, ist eine staatsrechtliche Neuheit. Hier ist der kleine Bundesstaat Oldenburg den anderen Bundesstaaten vorangegangen, sonst folgt er erst Preußen nach. Ob diese nachfolgen werden, oder ob der Bundesrat und der Reichstag solchen Beginn einen Regel vorzugeben werden, muß abgewartet werden. Dann hat der Landtag — zwar nicht ganz nach den Vorschlägen der Regierung — aber auf Grund einer Verständigung unter den Parteien das Gesetz über die Kriegsteuerumlagen revidiert. Die einmalige Zulage ist erhöht worden und sind auch sonstige Verbesserungen in das Gesetz hineingekommen. Die Annahme der Regierungsvorlage wäre ein passender Schlußstein des Gesetzes gewesen. Die Gründe, die der Finanzminister dafür vorbrachte, waren durchaus durchschlagend und von weitgehenden sozialen Wohltaten diktiert. Die finanzielle Wirkung hätte die Gesamtkosten der Kriegsteuerumlagen, die etwa 550 000 Mark waren, deren Löwenanteil der Eisenbahnverwaltung zu tragen zufällt, nicht wesentlich erhöht. Mit einer erheblichen Mehrheit hat durch Annahme des Antrages Langen-Stallmann der Landtag der Regierung nahegelegt, die Ueberwälzung des Kriegsernährungsverbandes, die doch von dem Reichstag aufgebracht

Aus dem Gerichtssaal.

Geiz ist die Wurzel alles Übels. Dieser wahrheitsgemäße Spruch, schreibt der „Volksbote“ in Hannover, kommt namhaftlich in der jetzigen schweren Krisiszeit manches Mal bitter zur Geltung. Der Landwirt Heinrich Kool aus Grasdorf, ein 70 Jahre alter, wohlhabender Mann, der neben seinem anderen Viehbesitz und seinen Landbesitz mindestens fünf Schweine im Gewicht von je 300 Pfund im Stall hatte, mußte vom Schöffengericht 30 Hannover wegen Verstoßes gegen sein Kartoffelbesitzes zu 14 Tagen Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe, erwiderte weitere 60 Tagen Gefängnis sowie wegen unbefugten Besitzens von Kartoffeln an seine Tiere zu weiteren 10 Mark Geldstrafe, erwiderte 20 Tagen Gefängnis verurteilt werden. Dieser wohlhabende Landwirt war in den Verdacht geraten, Kartoffelbesitz der Behörde gegenüber zu verschweigen, deshalb begab sich der Gendarmeriewachmeister Hanen in Begleitung von zwei Unteroffizieren zur Vornahme einer Revision in das Bestitztum des Angeklagten. Der Angeklagte stellte der Revisionskommission gegenüber unter allen möglichen Versicherungen jeden weiteren Besitz von Kartoffeln, als den gemeldeten, ernstlich und bis zum Schluß in Abrede. Ja, sein Abstreugen ging sogar so weit, die Behauptung des Nichtbesitzens noch aufrechtzuerhalten, als die Kommission durch Nachgraben beim Hause des Angeklagten den Schlupfwinkel für die Kartoffeln schon entdeckt hatte. Versteckt gefunden wurden in einem schwer auffindbaren - gebauenen Loch über 20 Zentner Kartoffeln, etwas später in einem Stall 1 1/2 Zentner Kartoffeln, und ferner eine Menge schon reiferer Kartoffeln, die er zum Verstecken bereitgelegt hatte. Dagegen wurde andererseits durch Zeugenaussagen festgestellt, daß zu dem Angeklagten wiederholt arme Leute gekommen sind, die um Abgabe von Kartoffeln gegen Entgelt gekämpft haben. Diese Leute, die der Angeklagte als aufdringliche Bettler bezeichnete, ließ er mit einem billigen Hundewort vom Hofe jagen und bemerkte dazu: „Die Leute können doch fressen.“ Ferner wurde festgestellt, daß der Angeklagte mindestens 3, nach Angabe des Wachmeisters 8 1/2 Schweine im Gewicht von mindestens je 300 Pfund im Stall jagen hatte. Der Angeklagte gibt als geiziger Mensch, schätzbar ist jedes Empfindungsleben bei ihm keine Rolle. Als jedoch vom Vertreter der Anklage in Uebereinstimmung mit dem Gerichtsvorgänger die Unwürdigkeit des

ganzen Verhaltens dem Angeklagten energisch zu Gemüte geführt wurde, versuchte er mit schamlosster Fertigkeit einen Diktumsanfall zu markieren, der sich dann erst legte, als die gerichtliche Strafe lauter, leider wesentlich milder ausfiel, als die vom Vertreter der Anklagebehörde beantragte. Der noch über eine ziemliche Richtigkeit des Lebens verfügende Angeklagte, der schon die Grenze des gesegneten bürgerlichen Alters hinter sich hat, entfernte sich erhobenen Hauptes von der Stätte, wo seine Lebensschmach ihm unwehlich entdekt wurde.

Angestalt - Prozeß. Das Reichsgericht verhandelte am 8. März gegen den Druckereibesitzer Müller in Sanktbiel und dessen Schwiegerohn Süßler wegen Beihilfe zum verübten Landesverrat, verübt durch den Druck eines Flugblattes. Müller wurde zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, Süßler zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden Müller die Ehrenrechte auf die Dauer von fünf, Süßler auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Von der sechsmonatigen Unteruchungshaft wurden dem Verurteilten je zwei Monate angerechnet.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gelesene Nummern des „Volksboten“
Sittten wir nicht wegzuerwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Insertate
finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wehrfähigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

wehren, nicht nur im einseitigen Interesse der Landbevölkerung, sondern im Interesse der Gesamtheit zu verwenden. Der Sonntag sollte, daß sie in die Landesebene fließen und sich durch das Reich des Ministers nicht von seinem Einfluß abbringen. Durch eine Beschränkung des Antrages in der Richtung, eine Brücke gebaut worden, von ihrem abnehmenden Standpunkt abzutreten. Mit Genehmigung wird in weiten Kreisen der Beschluß begrüßt werden. Die Lebensmittelverorgungsfragen, wenn auch in der Hauptsache das Wirtschaftswesen angeht, kamen auch jetzt wieder zur Besprechung. Die Mängel in der Verteilung und der Mängel mit geschmuggelten oder hinterzogenen Waren erhielt dabei die gebührende Beleuchtung. Die Regierung gibt sich offenbar alle Mühe, der Schwereitenden, die besonders auf dem Gebiete der Milch- und Getreideversorgung vorhanden sind, Herr zu werden; ob aber die Methode, nach der mehrheitlich zu gewinnen versucht wird, die richtige und ob die Leitung in den richtigen Händen ist, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Ein wichtiger Beschluß ist vom Landtage in Sachen des Heinenburger Lehrerinnenvereins gefaßt worden. Er will die Heranbildung der Lehrerinnen für unsere Volksschulen so bald wie möglich aus den Händen eines Privatunternehmers herausnehmen und allen Jährlingkeiten, denen eine Lehrentgelt in Privathänden ausgesetzt ist, entziehen. Die beiden Anträge des Abgeordneten Hug hätten eine bessere Behandlung im Finanzministerium verdient, als ihnen zuteil geworden ist. Der eine will den Lehrern einen Bau fördern und erleichtern, auch nach dem Muster der Ruppinger und Wilhelmshavener Bauvereinschaft, wo die Verhältnisse es erfordern. Der andere, der von dem Grundbesitzer ausgeht, daß das Reich auch die von dem Gemeinderat geleiteten Kriegsanstalten zu unterstützen hat, will die Gemeinden jetzt schon entlasten in Bezug auf die aufzubewahrenden Mittel- und Jinsbeihilfen. Nach der Erklärung des Ministers Scheer zu dem Vernehmlichwerden des Kriegsgemeindefinanzgesetzes ist die Staatsregierung bereit, dieser Absicht des Antrages Rechnung zu tragen und dürfte die Anweisung Fruchte tragen, wenn Geld dafür in der Staatskasse ist. Ueber beide Gegenstände ist manches zu sagen und soll das auch bei einer späteren Gelegenheit geschehen. Entgegen dem etwas unruhigen Urteil des Hrn. Gehlhus über die Verhandlungen in der ersten Tagung des 33. Landtages, wonach zu viel geredet und zu wenig getan worden sei, sind wir mit dem nunmehrigen Können Satz der Ansicht, daß der Landtag der Situation entsprechend, seine Aufgaben schnell und gut gelöst hat.

Bestimmungen

über den Bezug von Vollmilch zum ermäßigten Preis.

Um der mündelbestimmten Bevölkerung die unabweisbar gemessene Beschaffung der Vollmilch zu ermöglichen, hat der Minister für die folgenden Bestimmungen beschlossen:

I. Die mündelbestimmten Bevölkerung, welche auf Grund von § 6 des Steuererleichterungsgesetzes vom 1. November 1918 eine Steuererleichterung genießen oder welche zur Einkommensteuer nicht verpflichtet sind, erhalten, falls sie drei oder mehr Kinder im Alter von nicht mehr als 14 Jahren in ihrem Haushalt unterhalten, nach Art. 1 des Gesetzes vom 1. Februar 1919 für das halbe Jahr...

II. Entschieden auf diese Weise sind vom 1. März 1919 an im Reichsgebiet der Vollmilch für Kriegshilfe (Königsstraße 19, II) unter Verweisung des Steueramtes über einer Bescheinigung des Steueramtes, die der Wirtschaftlichen der Einkommenssteuer und Einkommensteuer, zu stellen.

III. Die Bescheinigung wird durch Abgabe von Aufstellungen mit dem Einkommenssteueramt, jedoch nicht mehr als für ein Jahr, ausgestellt.

IV. Die Bescheinigung ist von der Ausweiskarte zum Einkommenssteueramt zu bringen und mit der Einkommenssteuerkarte zu versehen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

V. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

VI. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen. Die Einkommenssteuerkarte ist dem Einkommenssteueramt zu überreichen.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hoch erfreut an Carl Hudofsky z. Zt. Ros und Frau geb. Rothländer.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die Ortsverwaltung.

Christine Evers geb. Langhaus. Eine Kinderbettstelle.

Der Platzverkauf
von **Brennmaterialien**
findet vormittags von 6-10 1/2 Uhr und nachmittags von 1 1/2-4 1/2 Uhr auf meinem Kokswerk bei der Gasanstalt Geniner Straße statt.
Heinrich Diestel.

In der Zentrale für private Tierpflege, Königsstraße 19, wird vom Donnerstag, dem 15. März an (vorm. von 9-12, nachm. von 4-7 Uhr)

condensierte Milch in Dosen zu M. 1.50 die Dose für Kranke und Schwache abgegeben. Der Ernährungs-ausschuß.

Dr. med. Seitz Fackenburg 7891 Sprechstunde vorm. 8-10 Uhr.

Taschenuhren Wanduhren Weckuhren Schmucksach. Willi Westfaling 7892 Holstenstrasse 32

Der Verkauf des Hausfrauenvereins, Zänshausen 31, wird von heute an außer Diensttagen, Donnerstagen und Sonntagen auch Mittwochs gehalten. (7895)

Glasweiben aller Art off. C. Lohmeyer, Glasfabrik, Reichshausen 35, vorm. 2808

Leder. hermachen, besser und billiger Schlepperer bei (7888) C. Grimm Nehf. Schwanenstr. 6.

Deutsch-Polnisch. Sprachbüchlein für Feldsoldaten. Preis 15 Pfg.

Deutsch-russischer Soldatensprachlehrer. Preis 20 Pfg. Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der Buchdruckerei „Der Volksbote“

Sozialdemokratische Frauen. 7896

Der Leseabend mit Berichterstattung des Genossen Mehrlein über die Tätigkeit unserer Vertreter im Ernährungs-ausschuß findet am Mittwoch, 20. d. Mts. statt.

Hansa-Theater. 7894 Täglich abends 7 1/2 Uhr: Die Förster-Christl. Operette in 3 Akten v. Jarno.

Stadttheater. 7888 Mittwoch, den 14. März 1917 Gastspiel von Theodor Freiburger vom Neuen Operetten-Theater Hamburg: Die Csárdásfürstin Edwin. Theodor Freiburger. Donnerstag, den 15. März 1917 Armut. Ein Trauerspiel v. A. Wildgans. Freitag, den 16. März 1917 Gastspiel des Königl. Kammer-sängers Heiner Hensel als Fra Diavolo. Oper von Auber. Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Der neueste Kriegs-Atlas
mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des Weltkrieges in eingetragener. Preis 1.- Mk.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Neue Einabe der Gewerkschaften

zum Plan für das Wirtschaftsjahr 1917/18.

Berlin, den 1. März 1917.

An den Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes,
Erzellenz v. Batocki, Berlin.

Ew. Erzellenz!

In Erwartung der bevorstehenden Aufstellung des Wirtschaftsplanes für die Volksernährung im Erntejahr 1917/18 haben die landwirtschaftlichen Vertretungen nicht gekümmert, ihre Forderungen in weitestest Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Die

Landwirtschaftlichen Hochschullehrer

haben das Ergebnis ihrer Beratungen in 19 Leitfäden zusammengefaßt, die sich im wesentlichen mit der Preisgestaltung befassen. Sie lehnen Zwangsmaßnahmen in die Produktion ab, mit Ausnahme der Bestellung unbearbeiteter Landes durch die Kommunalverbände. Selbst die Begrenzung der Tieraufzucht, insbesondere der Schweinehaltung soll nicht durch Zwang, sondern durch sachgemäße Preisgestaltung und durch Entziehung der Futtermittel erreicht werden. In der Preisbemessung, für die die freie Preisbildung zur Verhinderung unerträglicher Teuerung auch weiterhin ausgeschlossen sein soll, soll ausschlaggebend sein die Beschaffung möglichst ausreichender Nahrungsmittel für die Menschen. Die Politik des Anreizes wird als verwerflich bezeichnet; nur für Getreide, Hülsenfrüchte und Getreidepflanzen wird eine günstige Preisbemessung als notwendig erachtet. Bezüglich der Höhe der Getreidepreise wird eine Herabsetzung der Roggen- und Weizenpreise, dagegen eine Herabsetzung der Preise für Gerste und Hafer verlangt. Der Kartoffelpreis soll von 4 auf 5 Mark pro Zentner erhöht werden. Dagegen wird eine Senkung der Schlachtviehpreise nahegelegt, für Rinder um 15 und für Schweine um 20 bis 25 Proz. Die Milchpreise sollen wiederum eine Erhöhung erfahren, während die Butterpreise als verhältnismäßig hoch bezeichnet werden.

Ist an diesen Vorschlägen eine gewisse Mäßigung nicht zu verlangen, so fühlt sich der

Deutsche Landwirtschaftsrat

augenscheinlich jeder Rücksichtnahme auf die Lage der minderbemittelten Schichten der Verbraucher entbehren, denn er verlangt eine Erhöhung der Brotgetreidepreise ohne Senkung der Futtergetreidepreise, eine erhebliche Erhöhung der Kartoffel- und Zuckerrübenpreise und die Festhaltung der jetzigen Schlachtviehpreise, damit auch weiterhin in unbegrenztem Maße Tiere gemästet und zu diesem Zwecke für menschliche Nahrung geeignete Lebensmittel verfertigt werden können. Hinsichtlich der Arbeiterbeschaffung verlangt der Landwirtschaftsrat Beurlaubte, Kriegsgefangene, Ausländer, besonders Polen, und Fortbildungsschüler sowie Volksschüler älterer Jahrgänge, also möglichst billige Arbeitskräfte, ohne der Hilfskräfte, die ihm das Hilfsdiensteigenschaft zu angemessenen Löhnen zur Verfügung stellen will, auch nur mit einem Worte zu erwähnen. Außerdem richten sich die Wünsche des Deutschen Landwirtschaftsrats auf die Ueberlassung von Geplanten, größeren Futtermengen und künstlichem Dünger an die Landwirtschaft. Von einer Zwangsregelung der Erzeugung will auch er nichts wissen, sondern es den Gemeinden überlassen, die auf sie entfallende Gesamtmenge von Lebensmitteln auf die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer Leistungsfähigkeit unzulässig und die Ware billiger zu verkaufen, wozu ein Ausschluß von landwirtschaftlichen Besitzern in jeder Gemeinde zu bilden sei.

Die Organisationen der deutschen Arbeiter und Angestellten müssen gegen die Vorschläge des Deutschen Landwirtschaftsrats die nachdrücklichste Verwahrung einlegen.

Aber auch die Grundzüge der landwirtschaftlichen Hochschullehrer für die Preisgestaltung erscheinen ihnen nicht völlig zeitgemäß. Sicherlich ist eine andere Preisrelation zwischen Brot- und Futtergetreide, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Milchprodukten notwendig, um zu verhindern, daß die für die Ernährung der Menschen benötigten Nahrungsmittel veräußert oder unnützlich verteuert werden. Der landwirtschaftliche Betrieb hat sich völlig rentabel erwiesen, so daß eine neue Preisbemessung nicht in der Erhöhung der Brotgetreide-, Kartoffel- und Butterpreise gesucht werden muß, sondern in einer entsprechenden stärkeren Herabsetzung der Preise für Futtergetreide, Kohlrüben, Futterrüben, Vieh- und Milchzeugnisse.

Vor allem widerraten wir auf das dringendste jeder weiteren Erhöhung der

Preise für Winterkartoffeln,

da schon die Preisfestsetzung von 4 Mk. im Herbst 1916 starke Beunruhigung der Arbeiter hervorgerufen hat. Die Erwartung, daß der höhere Preis die Winterverporgung mit Kartoffeln erleichtern werde, ist nicht erfüllt worden, wie denn überhaupt die Preistreibe, sobald man ihr Raum läßt, sich an keinerlei Schranken lehrt. Die Erziehung der für die Ernährung der städtischen Bevölkerung erforderlichen Kartoffelmengen ist durch keine Preispolitik sicherzustellen, weil es schlechterdings unmöglich ist, der Landwirtschaft solche hohe Preise zu zahlen, daß der Anreiz der Zurückhaltung und Verfüterung überwunden würde. Es bleibt nur übrig, die benötigten Kartoffelmengen den Erzeugern zwangsweise durch Beschlagnahme zu entnehmen und alle Maßnahmen dafür zu treffen, daß die Kartoffeln den Erzeugern rechtzeitig abgenommen werden.

Hinsichtlich der Neufestsetzung der

Getreidepreise

ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß die Abfuhr besteht, einen Ausgleich zwischen Brot- und Futtergetreide durch Erhöhung des Brotgetreides um 40 bis 50 Mk. pro Tonne herbeizuführen.

Wir wissen die Schwierigkeiten einer wirksamen Preisrelation auf diesem Gebiet durchaus zu würdigen, erachten es aber dennoch für vollkommen ausgeschlossen, einer solchen Erhöhung der Brotgetreidepreise zuzustimmen. Das hieße das brotverbrauchende deutsche Volk abermals den Interessen der Getreideerzeuger opfern. Eine solche Maßnahme würde einmütiger Erbitterung begegnen. Wir warnen das Kriegsernährungsamt auf das entschiedenste, diesem Standpunkt Konsequenzen zu machen. Ferner halten die unterzeichneten Verbände eine erhebliche Herabsetzung der

Preise für Schlachtvieh und Fleisch

unter allen Umständen für notwendig und protestieren gegen die Forderung des Landwirtschaftsrats, die Preisrelation auf der Basis der bisherigen hohen Vieh- und Fleischpreise aufzubauen.

Hinsichtlich der

Milcherzeugnisse

ist eine Erhöhung der Preise zu vermeiden und eine Höchstpannung zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreisen festzusetzen. Auch müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß Milch und Milch-erzeugnisse (Trodennmilch, Butter, Käse) mehr als bisher dem rationierten Verbrauch zugeführt werden.

Den Forderungen der Landwirtschaft nach Arbeitskräften, Zugtieren, Futtermitteln und Düngemitteln stimmen die unterzeichneten Organisationen zu unter der Voraussetzung, daß die Landwirtschaft sich nicht weigert, den Arbeitskräften, ohne Unterschied, ob es sich um Beurlaubte, Gefangene, Ausländer und Hilfsdienstpflichtige handelt, einen Lohn zu zahlen, der unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse als angemessen zu erachten ist.

In der Frage, wie die Erzeugung von Lebensmitteln auf das zweckmäßigste zu fördern sei, erkennen auch die Unterzeichneten in Zwangsmäßigkeiten keineswegs die geeignete Lösung.

Wohl aber halten sie eine Organisation für möglich und durchführbar, die auf Grund der jetzigen Erfahrungen und im Einklang mit den Vertretungen der deutschen Landwirtschaft die Anordnungen für die einzelnen Bodenprodukte nach Bundesstaaten, Provinzen und Kreisen aufstellt und die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen und Anordnungen durch das Kriegsamt und die Wirtschaftsämter überwachen läßt.

Das Kriegsernährungsamt und das Kriegsamt haben in der Bewilligung von Arbeits- und Gespannkräften, Futtermitteln und Düngemitteln die Möglichkeit, auf die Befolgung eines solchen Wirtschaftsplanes hinzuwirken. Die Ernteergebnisse sind durch rechtzeitige Schätzungen und Nachprüfungen zu ermitteln und die Verteilung zwischen Erzeuger- und Verbraucherkreisen darauf einzustellen. Den Selbstbewirtschaftern darf keinesfalls ein erheblich höheres Quantum an Lebensmitteln zum Selbstverbrauch belassen werden, als den übrigen Verbrauchern. Die Uebernahme der abzuliefernden Lebensmittel erfolgt durch die Gemeindeverwaltungen. Im Falle der Nichtablieferung haben die letzteren die widerrechtlich zurückgehaltenen Mengen zu beschlagnahmen und zu enteignen.

Die Zentralgewalt muß indes auf das Reich übertragen werden, während die Schaffung eines

preussischen Staatskommissariats

für Volksernährung von der Abfuhr geleitet ist, den Reichsbehörden keine Machtvolle auf die unteren Organe der Staatsverwaltung einzuräumen. Auch erstreckt sich die Zuständigkeit des preu-

sischen Staatskommissars nicht auf die Produktionssteigerung, die nach wie vor dem preussischen Landwirtschaftsministerium vorbehalten bleiben soll. Es bedarf nur der Erwägung, daß jeder deutsche Bundesstaat sich gleichfalls durch eine Sonderorganisation von der reichseinheitlichen Regelung der Volksernährung abheben muß, um zu erkennen, daß ein solcher Zustand mit dem Wohle des Volkes unvereinbar ist.

Das preussische Ministerium des Innern hat eine Erweiterung der unteren Organisation in den ländlichen Kreisen zur besseren Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte angeordnet, die an der altpreussischen Ueberlieferung, daß alle Fäden der Organisation in der Person des Landrats zusammenlaufen, festhält. Die Landratsämter sollen durch Kreis-Kommissionen - neben den bereits angeordneten Kreis-Kommissionen - die vorwiegend für die Steigerung der Erzeugung tätig sein sollen - sowie durch Errichtung von Kreis-Geschäftsstellen beauftragt werden, die Aufgaben der Volksernährung sachgemäß zu erledigen. Wir begrüßen jede Vervollständigung der unteren Verwaltungsorganisation, auf der die hauptsächlichste Kleinarbeit lastet, sofern sie nicht einseitig dem Interessenkreis der Erzeuger dienlich gemacht wird. Die Tatsache, daß die Landräte alle Fäden in der Hand behalten sollen und daß eine Vertretung der Verbraucher in den Kreis-Kommissionen nicht vorgesehen ist, bürgt uns aber nicht dafür, daß die vorgeschlagene Neuorganisation imstande wäre, die landwirtschaftlichen Produkte besser zu erfassen.

Wir empfehlen daher erneut, das Kriegsamt in angemessener Verbindung mit dem Kriegsernährungsamt zu bringen und diesem die Befugnis zu erteilen, an den Beschlüssen des Kriegs-ernährungsamtes mitzuwirken, die Durchführung der Beschlüsse desselben zu überwachen und die für die Versorgung der Zivilbevölkerung und des Heeres benötigten Lebensmittel zu beschlagnahmen, zu enteignen und an der Verteilung derselben mitzuwirken. Die unteren Behörden, auf welche sich das Kriegsamt zur Durchführung seiner Aufgaben stützen muß, sind in den Bezirken der Generalkommandos zu schaffen und den Weisungen des Kriegs- amts durchaus zu unterstellen.

Ergebnis

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Franz Behrens.

Verband der Deutschen Gewerksvereine (H.-D.)

G. Hartmann.

Polnische Berufsvereinigung.

J. A. A. Gwizdek.

Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht.

A. Hüfner.

Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

Dr. Höpfe.

Hauptauschuß des Reichstages.

Im Montag wurde die Beratung des § 1 des Entwurfs für die Kohlensteuer fortgesetzt. Abg. Reil (Soz.) betonte noch einmal, daß seine Freunde die allergrößten Bedenken gegen die Kohlensteuer haben. Je mehr die Folgen der Kohlensteuer überlegt werden, um so schädlicher erscheinen sie. Auch für die große Frage der Verzögerung der Kohle könne die Steuer sehr schädlich sein. Viel richtiger wäre es, der Frage des Monopols näherzutreten. Gegenwärtig sei die Beschaffung der Kohle ein Privatmonopol einiger weniger Zechenbesitzer, die auch den Kohlenhandel zum größten Teil beherrschten. Daß die Regierung für mäßige Preise sorgen werde, sei nur ein geringer Trost. Während des Krieges sei eine bedeutende Erhöhung der Kohlenpreise eingetreten. Redner weist dies durch eine Reihe Zahlen nach, die sich auf die Betriebsverhältnisse einzelner Zechen beziehen. Unberechtigt sei es, die hohen Kohlenpreise mit den erhöhten Arbeitslöhnen zu entschuldigen. Auch solche Zechen, die an Arbeitslohn jetzt geringere Summen ausgeben als früher, weisen doch große Zunahme in den Gewinnziffern auf. Bei der Würdigung der Arbeiterlöhne muß auch berücksichtigt werden, daß jetzt viel mehr Frauen eingestellt worden sind als früher und daß die Frauen bedeutend geringere Löhne erhalten als die Männer. In Wahrheit herrsche auf dem Kohlenmarkt eine arge Preistreibe. Gegen dieses Auswuchern des Volkes müsse eingeschritten werden.

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von S. M. Dostojewskij.

116. Fortsetzung.

„Nun, Iprich, was ist jetzt zu tun?“ fragte er, plötzlich den Kopf erhebend und sie mit verzweiflungsball verzerrtem Gesicht anblickend.

„Was ist zu tun?“ rief sie, plötzlich von ihrem Plaze aufspringend; ihre Augen, bisher voll Wasser, funkelten jetzt. „Steh auf!“ Sie ergriß ihn an der Schulter; er erhob sich und blühte sie fast voll Bewunderung an. „Geh sofort, diese Minute, hin zu einem Scheidewege, verneige dich da, küsse zunächst den Boden, den du besudelt hast, dann verneige dich vor dem Licht, nach allen vier Seiten und sage allen laut: „Ich habe gemordet!“ Dann wird Gott dir das Leben schenken. Wirst du gehen?“ fragte sie ihn lebend, wie im Fieber, seine beiden Hände ergreifend und sie fest in den ihren drückend, während sie ihren brennenden Blick auf ihn heftete.

Er war erstaunt und stand betroffen vor diesem unerwarteten Gefühlsausbruch.

„Du sagst dies wegen Sibiriens? Muß man sich denn freiwillig anfragen?“ fragte er düster.

„Es ist vonnöten, daß man sein Kreuz auf sich nehme und auslöse.“

„Nein, Sonja, ich werde nicht gehen.“

„Und wie willst du dann leben können? Auf welche Weise wirst du leben?“ rief Sonja, „ist dir dies denn jetzt noch möglich? Wie willst du mit deiner Mutter noch reden können? Was soll überhaupt nun aus ihnen werden? Aber was sagst du? Du hast ja Mutter und Schwester verlassen; ja verlassen hast du sie! O Gott!“ rief sie, „aber er weiß dies ja alles selbst! Sicher, sicherlich muß er da ohne Verzeihung mit Menschen für sich hinleben! Was wird mit dir geschehen?“

„Sei nicht kindisch, Sonja,“ antwortete er lächelnd. „Wessen bin ich schuldig vor den beiden? Warum sollte ich noch zu ihnen gehen, und was sollte ich mit ihnen sprechen? Es ist alles nur ein Traumgebilde. Man fürzt Menschen zu Millionen ins Verderben und hält dies für eine Tugend; und das sind Verächter und Erbärmliche, Sonja! Ich werde nicht gehen! Was sollte ich auch sagen, daß ich gemordet hätte, aber ich wagte Geld zu nehmen, daß ich es unter den Steinen verborgen habe!“ fügte er mit heftigem Lächeln hinzu. „Sie werden notwendigerweise über mich lachen und sagen, der Narr hat nichts genommen! Er war feig und dumm! Sie verstehen mich nie, Sonja, und sie sind unmündig, mich zu begreifen! Weßhalb soll ich gehen? Ich tue es nicht! Sei nicht kindisch, Sonja!“

„Du quälst dich fort und fort“, wiederholte sie, in verzweifelt-tem Bitten die Hände gegen ihn ringend.

„Ich glaube, ich habe mich selbst getroffen“, versetzte er düster und wie in Gedanken versunken.

„Vielleicht bin ich noch ein Mensch und kein Ungeziefer, und habe mich überlebt in der Selbstverurteilung. Ich werde noch weiter kämpfen.“

Ein solches Lächeln erschien auf seinen Lippen.

„Aber solch eine Qual zu ertragen, ein ganzes Leben hindurch, ein ganzes Leben!“

„Ich werde mich daran gewöhnen“, sagte er düster und nachdenklich. „Aber höre an“, fuhr er nach einer Minute fort, „genau mit Weinem, es ist Zeit zu handeln: Ich bin gekommen, um dir zu sagen, daß man mich jetzt nicht fangen will!“

„O!“ rief Sonja entsetzt.

„Nun, was ist da zu schreien! Du wünschst doch selbst, daß ich nach Sibirien ginge, und nun bist du erschreckt! Es handelt sich jetzt darum, daß ich mich ihnen nicht ergeben will! Ich werde mit ihnen noch kämpfen, und sie können mir nichts anhaben. Sie haben keine sichereren Beweise. Gestern war ich in großer Gefahr und hielt mich schon für verloren; heute hat sich die Lage verbessert. Sie haben die Beweise bei beiden Erben, das heißt freilich, daß ich ihre Beschuldigungen zu meinem Vorteil benutzen kann, verstehest du? Und ich werde dies tun, denn ich habe es nun gelernt. Gleichwohl wird man mich wohl ins Gefängnis bringen. Wäre nicht ein Zufall das wünschenswerte, so könnte dies schon heute der Fall sein. Doch das hat nichts zu bedeuten, Sonja. Ich werde im Gefängnis sitzen und sie werden mich wieder entlassen müssen, da sie weder den geringsten Beweis besitzen noch erlangen werden, darauf mein Wort! Mit dem, worüber sie verfügen, können sie einen Menschen nicht fesseln. Doch genug! Ich lasse dies nur, damit du wüßtest. — Mit Mutter und Schwester werde ich mich bemühen, alles so zu arrangieren, daß ich sie in Sicherheit wege und nicht erschrecke. Schwester scheint jetzt ganz in Sicherheit gewiegt zu sein, vielleicht auch schon Mutter. So liegt die Sache. Du wirst übrigens aufmerksam sein müssen. Würdest du dank zum Gefängnis kommen, wenn sie mich hinter Schloß und Riegel bringen?“

„O, ich komme, ich komme!“

Beide lagen nebeneinander, traurig und niedergedrückt, wie zwei Schiffbrüchige, die nach einem Sturm auf ein ödes Ufer verschlagen sind. Er schaute auf Sonja und lächelte, wie teuer ihm ihre Liebe war; festsam ihm ward plötzlich so schwer und schmerzhaft zumut, daß man ihn zu lieben konnte. Ja, es war eine wunderbare und doch traurige Empfindung. Als er zu Sonja gekommen war, hatte er es gefühlt, daß auf ihr all seine Hoffnung seine Rettung beruhe. Er gedachte, ihr einen Teil seines Schmerzes zu tragen zu geben, und plötzlich, nachdem sie ihm ihr

ganzes Herz zugewandt hatte, empfand und begriff er, daß er nur noch viel unglücklicher jetzt war, als vorher.

„Sonja“, begann er, „es ist vielleicht besser, wenn du nicht zu mir kommst, sobald ich im Gefängnis bin.“ Sonja antwortete nicht, sie weinte. Einige Minuten vergingen.

„Hast du ein Kreuz?“ fragte sie dann unerwartet, wie aus einem jäheren Traum erwachend.

Er verstand anfangs diese Frage nicht.

„Nein, wohl nicht? Nun, so nimm jenes dort, von Zypresseholz; ich habe noch ein anderes aus Kupfer, von Uhabeba. Ich habe mit ihr das Kreuz für gewöhnlich, sie gab mir das übrige, ich ihr meines. Das von Uhabeba will ich behalten, nimm du dieses. Hier, es ist meines. Ja, meines! Zusammen wollen wir leiden, zusammen unter Kreuz tragen.“

„Gib her“, sagte Rasoknitow, er wollte sie nicht kränken; aber doch zog er die bereits nach dem Heiligensbild ausgestreckte Hand wieder zurück.

„Nicht jetzt, Sonja. Lieber später“, fügte er hinzu, um sie zu beruhigen.

„Ja ja, es ist besser,“ antwortete sie aufgeregt, „wenn du leiden wirst, dann nimm es an dich. Kommst du zu mir, so will ich es dir umhängen, wir beten dann und gehen.“

In diesem Augenblick ertönten zwei Schläge an der Tür.

„Sofia Semowna, darf man eintreten?“ fragte eine sehr bekannte, höflich klingende Stimme.

Sonja eilte erschreckt zur Tür; die blonde Phytognomie des Herrn Lebesjatinow schaute in das Gemach.

Lebesjatinow erschien sehr beunruhigt.

„Ich komme zu Euch, Sofia Semowna. Entschuldigt, ich vermute, daß ich Euch ebenfalls antreffen würde,“ wandte er sich zu Rasoknitow, „das heißt, ich habe mit nicht etwa etwas hierbei gedacht in jener Beziehung — ich vermutete nur — Katharina Jwanowna ist nämlich vollständig von Sinnen gekommen,“ erklärte er kurz Sonja, sich von Rasoknitow abwendend. Sonja hielt einen Schrei aus.

„Das heißt, es scheint nur so. Nun wissen wir alle nicht, was da zu tun ist. Sie ist wieder zurückgekehrt — man hat sie wie es scheint irgendwo hinarbeitet und abensinnig gelassen, es scheint wenigstens so. Sie war zu dem Bezirksvorstand General Jaroslawskij gelaufen, hat ihn aber nicht angetroffen; er speitete bei einem General. Denni Euch, sie ist nun dorthin gelaufen, wo das Eisen stattand, zu jenem General, den ich Euch nie hat es durcgefehlt, den Obersten Semen Jaroslawskij herauszubringen zu lassen, wie es scheint, mitten von der Tafel weg. Ihr werdet Euch denken können, was darauf folgte. Man hat sie einfach hinausgeworfen. Sie selbst erzählt, daß sie ihn getöbelt, und

Staatliche Wucherer befreit man, wo es sich aber um reiche Wucherer handelt, verleihe die Regierung. Redner verliest den Brief eines Kohlengroßhändlers aus dem Dortmunder Bezirk, in dem die Kohlenpreise angegeben werden und es wörtlich heißt: Zu diesen Preisen begehren die Kohlengroßhändler, und letztere verkaufen sämtliche Sorten mit einem Durchschnittsergebnis von 15 Mark ± 10 Tannen. Da, wo es angängig ist, besonders bei Feinsten, die Heereslieferungen haben, und wegen Kohlen sehr in Verlegenheit sind, nimmt jeder Großhändler einen höheren Verdienst 20-25 Mark, viele auch noch mehr. Wenn es sich um waggonweise Lieferungen an Private handelt, nehme ich einen Aufschlag von 25-30 Mark für die Löhne. Bei der Preisstreiterei des Kohlenhandels wirken auch die Zechen mit, weil sie am Kohlenhandel stark beteiligt sind. Unberechtigt sei die Behauptung, daß sich auf dem Gebiete der Kohlenförderung der Staatsapparat weniger leistungsfähig gezeigt habe, als der Privatbetrieb. Im Saarrevier habe sich der Staatsbetrieb in jeder Beziehung durchaus bewährt. Die freie schöpferische Initiative des einzelnen Unternehmers sei auch durch das Kohlenmonopol unterbunden. Daher sprechen hier alle Gründe für ein Monopol. Durch die Kohlensteuer aber werde vorläufig die Frage zum Gunsten des Monopols beantwortet. Aus den Kreisen der Zechenbesitzer ist denn auch die Meinung vertreten, daß die Kohlensteuer gerade deshalb begründet werden müsse, weil sie die Gefahr der Verstaatlichung vorläufig beseitige. Keine Kohlensteuer sei jetzt notwendig, sondern gefällig, zeitgemäß, angemessen: Höchstpreise. Wenn man durchaus eine Kohlensteuer festlegen wolle, müsse aber in das Gesetz hineinkommen, daß die jetzigen Kohlenpreise nicht überschritten werden dürfen, und die spätere Festlegung der Preise unter der Mitwirkung des Reichstages zu erfolgen habe. Die Berechnung von Prof. Wolff, daß die Kohlensteuer eine Belastung von 8 Mark auf den Kopf der Bevölkerung bedeute, bleibe noch weit hinter der tatsächlichen Belastung zurück, denn Prof. Wolff habe nicht die Zuschläge in Rechnung gestellt, die erfassungsgemäß bei solcher Gelegenheit gemacht werden. Aber auch für die Industrie bedeute die Steuer eine durchaus ungerechte Belastung. Sie würde nicht gleichmäßig auf alle Industriezweige, sondern naturgemäß auf diejenigen, die den größten Kohlenverbrauch haben. Die Landwirtschaft würde dabei am besten wegkommen, wie sie bei allen Kriegsteuern bisher verhältnismäßig gut fortgekommen ist. Aber auch in den eigentlichen Industrien würden große Unterschiede vorhanden sein. Ganz besondere Bedeutung hat die Steuer für die Eisen- und Stahlpreise. Sollen auch sie durchweg erhöht werden? Soll auch hierbei jede Kontrolle der Gesamtheit fehlen, indem die Preise für so wichtige Rohstoffe weit über das nötige Maß erhöht werden können? Ebenfalls steht es mit dem Kalipreis. Die Unternehmer haben bereits erklärt, sie könnten die Abgabe nicht tragen. Daher werde wohl in nächster Zeit ein Gesetz kommen, das den Kalipreis wieder erhöht. Endlich würde die Kohlensteuer auch eine ganz bedeutende Belastung für die Gemeinden ausmachen, die in erhöhter Kohlenmenge für Gasfabriken usw. verbrauchen. Die Gemeinden haben aber jetzt ihren meistens lächelnde Finanzverhältnisse. Staatsrat Dr. Kriedter wandte sich noch einmal sehr entschieden gegen die Förderung des Kohlenmonopols. Ein Produktionsmonopol sei hier durchaus nicht geeignet; das Monopol selbst käme für den Augenblick nicht in Betracht, weil seine Durchföhrung zu schwierig sei. Mit der Vergabung hat das Reichsamt des Innern sehr eingehend beschäftigt. Diese Angelegenheit ist aber für absehbare Zeit noch nicht spruchreife, weil die Untersuchungen in bezug auf die technischen und wirtschaftlichen Umstände noch lange nicht abgeschlossen sind. Weiter die Frage der Bestimmung der Preise sei genügend geklärt, nach die Frage der wirtschaftlichen Bewertung der Kohlenprodukte. — Hiermit las die Reichsversammlung Angaben über die Rentabilität der Bergwerksbetriebe im Vergleich mit anderen Industriezweigen. Nach seiner Ansicht würden durch die Kohlen die übertrieblichen Vorstellungen von dem Gewinne der Bergwerksbetriebe bedeutend herabgesetzt. Wenn jetzt die Kohlensteuer beschlossen werde, dann werde dieses nicht der Kraft der Kohlensteuer hinderlich sein, sondern sie insofern fördern, als sie zur weiteren Ausnutzung der Kohlen anzuregen würde. In bezug auf die Schenkung des Verbrauchs wies er darauf hin, daß durch diese Steuer im wesentlichen den Verbrauchern entzogen würde. Die Steuer würde nicht bei einer Gelegenheit wie der jetzigen, sondern nur bei einer allgemeinen Reform der Einkommensteuer durchgeföhrt werden.

Ein Bundesratsmitglied teilte mit, daß kürzlich der Reichstag wirtschaflich-wissenschaftlicher Vereine sich dahin ausgesprochen habe, daß den derzeitigen Ständen der technischen und wissenschaftlichen Entwicklung der Bergbau keine eine besondere Auszeichnung nicht in Erwägung gezogen werden. Der preussische Oberbergamtsrat wandte sich gegen das, was man aus den Ausführungen einzelner Gruppen auf einen ungenügenden Gehalt an Bergbauern und Bergbauern in den Bergwerken im Jahre 1914 einer Erhöhung von 20 Prozent für die Kohlenpreise geschloß. 1915 liegt der Kohlenpreis

auf 1,18 Mark; 1914 fiel er auf 28 Pf.; 1915 liegt er auf 1,16 Mark, und in den ersten drei Quartalen von 1916 fiel er auf 74 Pf. Hieraus ergebe sich, daß das Jahr 1914 infolge des Kriegsausbruchs sehr ungünstig sei. Das Jahr 1915 liegt ungefähr gleich dem Jahre 1913 und das Jahr 1916 weise schon wieder einen beträchtlichen Rückgang auf. Für die Erhöhung der Kohlenpreise sei allerdings auch die Erhöhung der Löhne maßgebend, aber sie nicht allein; in Betracht kämen auch die hohen Materialpreise und ganz besonders die schwierigen Transportverhältnisse. Zu berücksichtigen sei namentlich auch, daß die Bergwerksbetriebe große freiwillige Aufwendungen für die Kriegserwartungen machten; so habe der preussische Bergfiskus nicht weniger als 11 Millionen Mark für diese Zwecke ausgegeben. Aber auch viele Privatfirmen handelten in der gleichen Weise. Wenn man ihre Gewinne ansetze, wären sie zu solchen Leistungen für die Kriegserwartungen nicht mehr in der Lage.

Abg. M. H. g. r. u. e (Sonn.): Seine Freunde seien grundsätzlich für die Kohlensteuer. Sie erkennen an, daß der Reichsfinanzkommission gegenüber diese Steuer zu befechtigen werden müssen. Es sei aber nicht möglich, dieses Ziel zu erreichen durch eine Verstaatlichung des Kapitals, denn das Kapital sei das hauptsächlichste Produktionsmittel und wichtiger als die Arbeitskraft; die Arbeiter könnten ja ohne Kapital nicht beschäftigt werden. Unrichtig sei die Behauptung, daß die Kohlensteuer auf die Stimmung der Bevölkerung ungünstig einwirken werde. Dies würde nur dann geschehen, wenn das Volk nicht genügend darüber aufgeklärt wird, daß die Wirkung der Kohlensteuer nicht so bedenklich ist. Der Vorschlag von Prof. Wolff sei ein Beispiel dafür, wie die Willkür nicht nacheinander soll. Prof. Wolff habe die Belastung durch die Kohlensteuer viel zu lässig ausgemessen. Unannehmbar erweise der Antrag der Volkspartei, der die Gemeinden und Gemeinverbände verpflichtet, Einrichtungen zu treffen, die der minderbemittelten Bevölkerung den Bezug von Kohlen für Hausbrandzwecke zum ortsüblichen Preis abzüglich der Kohlensteuer ermöglichen soll. Das Reich soll den Gemeinden und Gemeinverbänden in diesen Fällen die ausgeglichene Kohlensteuer zur Verfügung stellen.

Abg. H. e. n. t. e (Soz. Arb.): Der schon erwähnte Antrag der Volkspartei enthalte eine Täuschung. Er erwecke den Eindruck, als wenn die Gemeinde die große Masse der minderbemittelten Bevölkerung mit Kohlen versorgen könne; in Wirklichkeit aber würde nur ein verschwindend geringer Teil der armen Leute ihre Kohlen von der Gemeinde beziehen, indessen die meiste Klasse der armen Bevölkerung von diesem Antrag keinen Nutzen hätte. Die Debatte bleibe bestehen, daß die Kohlensteuer die ärmere Bevölkerung aus schmerzlicher Notwendigkeit herabschmeiße, daß er dazu neige, der Regierung in ihren Steuerplänen Schwierigkeiten zu bereiten; wenn sich ein solcher Mann in diesem Hause zum Eintritte gegen die Kohlensteuer veranlassen könnte, so beweise dies, wie schwer die Leiden gegen diese Steuer sein müssen. Genauso ist es, das Kapital als wichtiger hervorzuheben als die Arbeitskraft; im Gegenteil, die Arbeitskraft sei unter allen Umständen für die Produktion notwendig, während das Kapital durch eine andere Regelung der Produktionsverhältnisse ersetzt werden könne. Abgeordneter Wildgrube sollte doch darüber nicht im Zweifel sein, daß jeder Versuch, dem Volke die Kohlensteuer ungebührlich erheben zu lassen, vergeblich ist. Die ärmere Bevölkerung werden die Folgen der Kohlensteuer genügend empfinden und müssen dann bei der allgemeinen Meinung auf harte Arbeit gezwungen werden. Für die nächste Zeit seien keine möglichen Kohlenpreise, sondern eine Preisregelung zu erwarten. Gegenüber sei auch der preussische Handelsminister ohnmächtig; er habe seine Zustimmung zu den jetzigen hohen Preisen gegeben und werde diese Zustimmung auch zu den noch höheren Preisen geben, handele es sich hier doch um eine sehr reiche und einflussreiche Kapitalistengruppe. Unter diesen Umständen erachte ihm die Kohlensteuer geradezu irreföhrend.

Abg. v. G. a. m. m.: Um sei die Kohlensteuer nur als Kriegskriegssteuer anzusehen. Deshalb würde die Steuer höchstens noch ein Jahr nach Kriegsende bestehen lassen; dann müsse sie aber unter allen Umständen zurückgehoben werden. Der eigentliche Vater der Kohlensteuer sei der Tag. Müller-Gulda, der schon 1911 eine Kohlenförderungssteuer angesetzt habe. Gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung, wie verderblich die Steuer wäre, müsse er feststellen, daß sich die Ausgaben für die notwendigen Lebensbedürfnisse während des Krieges nicht erhöht haben. Die Preise seien zum Teil allerdings höher, aber der Verbrauch wäre zurückgegangen. Wie die Verhältnisse sind, bemerke die eine Tatsache: Ihm sei mitgeteilt worden, daß sich die Arbeiterinnen geübt haben, von einer Ausgabe von 60 Mark für eine Gans, während Arbeiterinnen sich diese Ausgabe geleistet hätten. Der preussische Fiskus habe eine große Unterhaltungsliste dadurch begangen, daß er nicht die Staatskassen mit Zuschlag belegt habe. Er wundere sich, daß der jetzige Staatsrat ein so entschiedenem Gegner des Monopolgedankens sei.

Staatsrat Dr. Kriedter wandte sich gegen die letzte Bemerkung des Redners. Er sei Gegner des Handelsmonopols, aber nicht gegen das Kohlenmonopol für Kohlen.

Abg. G. o. l. b. e. i. n.: Abg. Henke habe den Antrag seinerzeit in Bezug auf die Abgabe neuerer Kohlen durch die Stadt nicht richtig verstanden. Nach dem Antrage ist es durchaus nicht nötig, daß alle minderbemittelten Leute die Kohlen in letzter Linie von der Stadt beziehen. Die Stadt könnte das auch so regeln, daß zum Beispiel der minderbemittelten Kohle Karten ausgegeben werden. Er wende sich dann gegen einen sozialdemokratischen Antrag, der verlangt, daß die neueren Kohle für alle Familien mit einem Einkommen unter 2000 Mark abgegeben werden. Nach dieser Bestimmung würden auf dem Lande die allerärmsten Leute von der Steuer befreit sein. Für das Kohlenmonopol ist jetzt die Zeit an gekommen, die geordnet. Solche Pläne könnten nur dann durchgeführt werden, wenn für den betreffenden Industriezweig die Kohlenpreise herabgesetzt sind und die Betriebe billiger zu haben könnten. Nur würden die Betriebe so teuer angesehnt werden müssen, daß für den Staat kein Nutzen bleiben würde. Außerdem würde der Staat noch die Gefahr übernehmen, daß die spätere Erhöhung der Verbrauchs an Kohle bedeutend verringerte und die Kohlenpreise aus den Kohlenbergwerken herabgedrückt werden. Die von Abg. Keil mitgeteilten Zahlen über die Ergebnisse einzelner Kohlenbergwerke bemessen für die Kohlensteuer nichts, da es ja auf die besonderen Verhältnisse jedes einzelnen Betriebes ankommt.

Abg. K. e. i. l.: Müller-Gulda erhoß Einwände dagegen, daß er das Ziel der jetzigen Kohlensteuer sei; sein Vorschlag war demnach ein ganz anderer und ist mit der jetzigen Steuer nicht mehr zu vergleichen. Er beantrage, daß die Regierung genaue Mitteilungen über den Kohlenverbrauch der Städte, der Groß- und Kleinhandlungen auf dem Gebiete des Kohlenmarktes der Kommission vorlege und ersucht, die Verhandlungen auszufragen, bis das Material eingegangen ist.

Abg. K. e. i. l.: Seine Freunde begründete den Antrag: der Kohlenpreis sei durch eine solche Befreiung keine Preisföhrung von 15. März 1917 nicht über den Betrag der Steuer hinaus erhöht und der Kohlenhandel bedarf für die Dauer des Krieges der Befreiung der Kohle vom 15. März 1917 über den Betrag des Steuerpreises bei besonderen Umständen der unteren Verwaltungsbehörden.

Abg. K. e. i. l.: Seine Freunde begründete den Antrag: die Besteuerung der Kohlen durch die Industrie und Großhandel bedarf für die Dauer des Krieges der Befreiung der Kohle vom 15. März 1917 über den Betrag der Steuer hinaus bei besonderen Umständen der unteren Verwaltungsbehörden.

Der Antrag des Abg. Müller-Gulda sei eine lebhaft erregte Frage gewesen, die sich besonders darauf bezog, ob nach der Annahme des Antrages die Verhandlungen ausgesetzt werden sollten. Der Antrag wurde am 9. Januar in der Sitzung des Abg. Erdberger und Guder, von den Sozialdemokraten Dr. Basch, Koch und von der Mehrheit angenommen. Gegenüber traten insbesondere der Abg. G. o. l. b. e. i. n., Graf v. R. e. n. a. r. t. und Reichert (Soz.). Gegenüber wurde der Antrag Müller-Gulda einstimmig angenommen.

men und gegen die Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und Fortschrittler beschloß, die Verhandlungen auszusetzen, bis das von der Regierung verlangte Material eingegangen ist.

Die Organisation unserer Lebensmittelversorgung im Ausschuß des Reichstages.

Der Ausschuß behandelte am Montag sehr eingehend die Frage der Organisation, die für unsere Lebensmittelversorgung in Frage kommen. So wurden die Entscheidungen der Brauervereine von Tag zu Tag in die Verhandlungen eingehend behandelt. Von Dr. Böhm (natl.) wurde behauptet, daß bei den Entscheidungen in Westpreußen und Posen, nach unkontrollierbaren Angaben allerdings, eine größere Zahl von sehr angesehenen Landwirten beteiligt sei. Es wird weiter behauptet, daß man vermute, die Sache möglichst zu vertuschen, um einen öffentlichen Skandal zu vermeiden. — v. B. a. t. o. c. i., Präsident des Kriegsministeriums, erklärt demgegenüber, daß keine Rücksicht auf irgendwelche Person genommen werde. Es handelt sich für Westpreußen und Posen um eine größere Zahl von Händlern und Landwirten, die an den unredlichen Manipulationen teilgenommen haben, die aber ohne Rücksicht dem Strafrecht übergeben wurden. Dabei sei bemerkt, daß die Gesetze, die hier in Frage kommt, zu Grauen und Größe verarbeitet wurde, somit der Volksernährung nicht verloren gegangen ist. — Angefragt wurde, ob man seitens des Kriegsministeriums bereit sei, die Ergebnisse, die die Militärverwaltung häufig bei den herabgesetzten Preisen erlange, dazu zu verwenden, die Brotpreise auf der gegenwärtigen Höhe zu erhalten, wie es der sozialdemokratische Antrag fordert. — v. B. a. t. o. c. i. erklärt, daß das Reichsfinanzamt gegenwärtig keine bestimmte Erklärung darüber abgeben könne. Persönlich sei er dafür, daß durch die Reichsgroßpreisschritte eine Vergünstigung an die Gemeinden gewährt werde, die eine gerechte Spannung zwischen Getreide- und Brotpreisen innehalten; denn die Brotpreise schwanken pro Pfund von 14-40 Pf. in den einzelnen Gemeinden. Diese Ungleichheiten lassen sich nicht ganz aus der vorteilhaftesten Bewirtschaftung des Getreides in den Kreisen, die als Selbstversorger gelten, erklären. — Abg. W. u. r. m. (Soz. Arb.) legt dar, daß nach den Kalkulationen der Berliner Mätter der Brotpreis nicht niedriger zu bemessen sei. Großbetriebe können billiger produzieren, aber es ist nicht möglich, Berlin nur durch Großbetriebe zu versorgen. — Von Vertretern der sozialdemokratischen Volkspartei werden gegen den sozialdemokratischen Antrag Bedenken erhoben, denen Schmidt-Berlin gegenübertritt, der verlangt, daß der gegenwärtige Brotpreis nicht erhöht werde und, falls der Getreidepreis herabgesetzt wird, der Nutzen, den die Militärverwaltung erzielt, zur Senkung des Mehlpriests verwendet wird. Redner geht sodann auf die Verhältnisse in den Viehhandelsverbänden ein. Er verlangt Herabsetzung der Preisbildung und Befreiung des Ankaufs der großen Reservoiren in den Viehhandelsverbänden. — v. G. o. e. p. p. e. r. t., Leiter des preussischen Landesfleischamtes, entgegnet, daß die hohen Fleischpreise nicht auf die Preisbildung der Viehhandelsverbände zurückzuführen seien. 1 Prozent Spesen des Viehhandelsverbandes bedeute auf den Fleischpreis umgerechnet einen Aufschlag von 2 Pf. pro Pfund. Die Mitglieder der Viehhandelsverbände haben, wie sich bei einer Kontrolle ergeben hat, keine übermäßigen Einnahmen. Es wurde festgestellt, daß über 1000 M. Einkommen im Monat keiner der Herren erzielt hat. In dieser Summe stecken noch Spesen, die der Betreffende für die Unterhaltung seines Betriebes zu tragen hat. Die Herabsetzung der Viehpreise senkt von selbst auch die Einnahmen der Viehhandelsverbände.

In der weiteren Debatte wurde darauf hingewiesen, daß der Schleswig-Holsteinische Viehhandelsverband aus seinen Ueberhöhen den Betrag von einer Million Mark für Kriegsanleihe gezahlt habe; der Viehhandelsverband Hannover verzeichnete 600.000 Mark als Prämien für Fleischverkauf. Das bewirkt, daß die Finanzlage der Viehhandelsverbände so günstig ist, daß mit Recht angenommen werden muß, die Produktion ist viel zu hoch bemessen. Unwesentlich ist auch das Herausziehen des Viehes aus den landwirtschaftlichen Betrieben und hat zu berücksichtigen Folgen der Landwirtschaft. Gefragt wurde, wie die Ueberhöhen der Viehhandelsverbände verwendet werden. Diese Angelegenheit wurde vom Vertreter des Landesfleischamtes dahin beantwortet, daß nach dem Statut alle Ueberhöhen zugunsten der Viehzucht Verwendung finden müssen. Gegenwärtig hat man aber die weitere Verwendung der Ueberhöhen für diese Zwecke untersagt.

Abg. K. e. i. l. (Soz.): Die Herren vom Viehhandelsverband selbst einmal die Reden des preussischen Landwirtschaftsministers bei den Debatte über die Fleischsteuer nachlesen; sie würden finden, daß von jener Seite behauptet wird, daß Viehhandel und Viehzucht mit ihren hohen Aufschlägen die Steuerung vorzuziehen. Würde man sich jetzt fragen, daß in einer so kurzen Zeit, wie bei dem Schleswig-Holsteinischen Viehhandelsverband, der Handel ein Gewinn von einer Million Mark zu verzeichnen hat? Ferner die Fleischpreise vom Jahre 1913 hat festgestellt, daß die Viehhändler mit 1 Prozent Nettogewinn arbeiten. Diesen Nettogewinn erzielen gegenwärtig nach den Darlegungen der Vertreter der Viehhandelsverbände auch diese Organisationen; sie arbeiten also nicht billiger, als der Privathandel. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß bei dem hohen Viehpreis dieses ein Prozent gegenüber der Kriegszeit 2 Prozent des Nettogewinns ausmacht, somit erheblich höhere Gewinne erzielt werden als zu Friedenszeiten. Das ist ein sehr unglücklicher Zustand, der zu einem Teil die hohen Fleischpreise erklärt. — Die Diskussion über die Organisationsfragen wird zum Abschluß gebracht. In der nächsten Sitzung soll über die Untergruppen

Aus Nah und Fern.

Explosionskatastrophe in einer russischen Badeanstalt. In der Nähe von Moskau am Don erstreckt sich ein Badeort, der am 17. September infolge eines Lawa-Explosionen katastrophal. Durch die Explosion der Dampfkessel um nunmehr 2000 m. wurden das Badehaus und die nachliegenden Häuser zerstört. 54 Personen, die sich in der Badeanstalt befanden, kamen zu Tode oder wurden verwundet, die meisten davon sind noch in Krankenhäusern liegend. Die Explosion der Dampfkessel wurde durch das Ausweichen eines Rohres verursacht, das durch das Ausweichen eines Rohres verursacht wurde, das durch das Ausweichen eines Rohres verursacht wurde.

Eine graufige Morbidität, der 3. Weltkrieg, am 1. September 1917, in der Nähe von Moskau am Don erstreckt sich ein Badeort, der am 17. September infolge eines Lawa-Explosionen katastrophal. Durch die Explosion der Dampfkessel um nunmehr 2000 m. wurden das Badehaus und die nachliegenden Häuser zerstört. 54 Personen, die sich in der Badeanstalt befanden, kamen zu Tode oder wurden verwundet, die meisten davon sind noch in Krankenhäusern liegend. Die Explosion der Dampfkessel wurde durch das Ausweichen eines Rohres verursacht, das durch das Ausweichen eines Rohres verursacht wurde.

Brandstiftung. In der Nähe von Moskau am 17. September infolge eines Lawa-Explosionen katastrophal. Durch die Explosion der Dampfkessel um nunmehr 2000 m. wurden das Badehaus und die nachliegenden Häuser zerstört. 54 Personen, die sich in der Badeanstalt befanden, kamen zu Tode oder wurden verwundet, die meisten davon sind noch in Krankenhäusern liegend. Die Explosion der Dampfkessel wurde durch das Ausweichen eines Rohres verursacht, das durch das Ausweichen eines Rohres verursacht wurde.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling Verlag: J. H. Schwanig, Druck: F. H. D. Meyer & Co. Sämtlich in Albstadt.

Was ich nicht abgeben darf. Einem Mann, der in der Nacht von Moskau am Don erstreckt sich ein Badeort, der am 17. September infolge eines Lawa-Explosionen katastrophal. Durch die Explosion der Dampfkessel um nunmehr 2000 m. wurden das Badehaus und die nachliegenden Häuser zerstört. 54 Personen, die sich in der Badeanstalt befanden, kamen zu Tode oder wurden verwundet, die meisten davon sind noch in Krankenhäusern liegend. Die Explosion der Dampfkessel wurde durch das Ausweichen eines Rohres verursacht, das durch das Ausweichen eines Rohres verursacht wurde.

Das hat sich ereignet. Einem Mann, der in der Nacht von Moskau am Don erstreckt sich ein Badeort, der am 17. September infolge eines Lawa-Explosionen katastrophal. Durch die Explosion der Dampfkessel um nunmehr 2000 m. wurden das Badehaus und die nachliegenden Häuser zerstört. 54 Personen, die sich in der Badeanstalt befanden, kamen zu Tode oder wurden verwundet, die meisten davon sind noch in Krankenhäusern liegend. Die Explosion der Dampfkessel wurde durch das Ausweichen eines Rohres verursacht, das durch das Ausweichen eines Rohres verursacht wurde.

Was ich nicht abgeben darf. Einem Mann, der in der Nacht von Moskau am Don erstreckt sich ein Badeort, der am 17. September infolge eines Lawa-Explosionen katastrophal. Durch die Explosion der Dampfkessel um nunmehr 2000 m. wurden das Badehaus und die nachliegenden Häuser zerstört. 54 Personen, die sich in der Badeanstalt befanden, kamen zu Tode oder wurden verwundet, die meisten davon sind noch in Krankenhäusern liegend. Die Explosion der Dampfkessel wurde durch das Ausweichen eines Rohres verursacht, das durch das Ausweichen eines Rohres verursacht wurde.

(Anzeige)